



VfD – Vernunft für Deutschland

Deutschland braucht ein eine neue Partei
Die Partei von den Jungen für die Jungen

Eine Streitschrift

Martin Schoell
martinschoell@gmail.com

Inhaltsverzeichnis

1. Warum eine neue Partei?.....	2
2. Präambel	2
3. Rückschau.....	3
4. Gesellschaftskritik für eine bessere Zukunft	3
5. Top-Down und Bottom-Up Gesellschaftsmodelle	4
6. Politik im heutigen Deutschland	4
7. Vorbereitung für die Zukunft	5
8. Generationengerechtigkeit.....	7
9. Gleichstellungspolitik in Deutschland	8
10. Populismus in Deutschland	9
10. Bürokratie und ihre Kontroll- und Regelwut.....	10
11. Wirtschaft.....	13
12. Infrastruktur	15
13. Digitalisierung.....	16
14. Energiepolitik	16
15. Entsorgung von Atommüll	19
16. Kernfusion: Die ultimative Energiequelle	20
17. Verteidigung.....	20
18. Eine Gesellschaft der Privilegierten	21
19. Gesundheitsvorsorge	23
20. Altersvorsorge	24
21. Reform des Rentensystems.....	25
22. Bildungspolitik.....	26
23. Forschung.....	29
24. Kirche und Staat	29
25. Sozialstaat	30
26. Europäische Kommission	31
27. Klimapolitik in Deutschland und Europa	33
28. CO2 Entsorgung im Untergrund	35
29. Migration.....	36
30. Der Staat im Staat: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen	37
31. Sterbehilfe.....	39
32. Quo vadis Germania?	40
33. Epilog und Postscriptum	40
34. Der Autor: Dr. Martin Schoell.....	41

1. Warum eine neue Partei?

Die Parteienlandschaft in Deutschland und auch in Europa befindet sich derzeit in einer drastischen Veränderung, die zu einer noch nicht vorhersehbaren Neuordnung führen wird. Wir sehen insgesamt eine ‚populistische‘ Neuorientierung: weniger Europa, mehr ‚Vaterland‘, weniger für Fremdlinge, mehr für uns, also eine „Umwertung bisheriger Werte“, und deshalb wenden sich die Menschen von den ‚alten Parteien‘ ab und suchen neue Parteien, die ihre neuen ‚Werte‘ besser vertreten. Eine sozio-politische Analyse dieses deutschen und europäischen Phänomens beschreibt es als Folge „der politischen Oben-Unten-Relation zwischen Elite und Volk“ oder ‚Anti-Establishment‘. Aber eine Haupttriebfeder für diesen Populismustrend ist die Überfremdung Deutschlands und Europas durch reguläre und nicht reguläre Einwanderung – ein Erbe der Merkelschen ‚Wir schaffen das‘-Unkultur.

Realität ist nun, dass populistische Parteien, deren ‚Schlagwortpolitik‘ die komplexen gesellschaftlichen Probleme vertuschen, das Feld der bisherigen Spieler aufmischen. Welche Konsequenzen hat das für die alten Parteien? Sie müssen neue Koalitionen bilden, wobei es bei der derzeitigen Konstellation der Parteien in Deutschland ohne die AfD keine Mehrheiten mehr gibt. Die Lage ist so verzweifelt, dass in Thüringen das Lust- oder besser Trauerspiel „Die AfD darf nicht mit uns spielen“ aufgeführt wurde, in dem sich die ehrenwerte Tante CDU der irrlichternden Sarah-Wagenknecht-Partei angediebert hat, um dem Wahlsieger AfD den berechtigten Anspruch, die Regierung zu bilden, streitig zu machen. Wie kann dieses Polit-Theater beendet werden?

Wir brauchen in Deutschland eine neue Partei von den Jungen, für die Jungen, und die ‚jungen Alten‘, die dieses angeschlagene BRD-Schiff (oder BRD-Augiasstall?) ausräumen und reparieren müssen und mit **Vernunft** und ohne Ideologie jeden Tag die drängenden Probleme unserer, d. h. ihrer Gesellschaft, auf die Tagesordnung bringt: Wirtschaft, Rente, das Flüchtlingsproblem, Ukraine-Krieg, Gesundheit, Krankenversicherung, alte unnötige Gesetze, Bundeswehr, Bildungsmisere, marode Infrastruktur, Digitalisierung etc. etc. – ein Riesenpaket!!

2. Präambel

Dieser Essay will ‚dieses unser Land‘, wie Helmut Kohl gerne sein Deutschland genannt hat, ‚durchleuchten‘, seine überkommenen Strukturen und Gesetze aufzeigen, mögliche Lösungen andeuten – ideologiefrei, nur der **Vernunft** verpflichtet. Ich sehe auf Deutschland mit der ‚Sicht von außen, ja weit außen‘ als Deutscher und US-Staatsbürger, der 30 Jahre in den USA eine total andere Gesellschaft erlebt hat und wieder nach Deutschland zurückgekehrt ist. Ich möchte vorab dem Vorwurf, Deutschland schlecht zu machen und die USA zum großen Vorbild zu stilisieren, vorbeugen: Ich wäre ja nicht zurückgekommen, wenn mir Deutschland nicht am Herzen läge! Deutschland ist ein schönes und lebenswertes Land, und die USA sind nicht das Paradies, wie man z. Zt. erleben kann. Es geht hier nicht um die Tagespolitik in beiden Ländern, sondern um Prinzipien beider Gesellschaften, deren Betrachtung für Deutschland viele neue Einsichten ergeben und Änderungen anregen könnte – für eine bessere Zukunft.

Dies ist kein Parteiprogramm sondern eine *programmatische Streitschrift*, eine Ideensammlung vornehmlich für „die Jungen“, die sich mit **Vernunft** um unsere/ihre Zukunft streiten müssen: Wir ‚Alten‘ haben den ‚Jungen‘ ‚dieses unser Land‘ übergeben, wie wir unseren Kindern verboten hätten, so unaufgeräumt ihr Zimmer zu verlassen.

Was sagte noch der Alte Mann aus Königsberg über **Vernunft**:

„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

Dieser Text wurde als Essay im Mai 2024 abgeschlossen, also vor der Wahl von Donald Trump am 5. November zum 47. Präsidenten der USA und vor der darauffolgenden Auflösung der deutschen Scholz-Regierung. Nun, 2025 im Herbst, werden sogar einige meiner ‚Streitthemen‘ angepackt: Infrastruktur (S.17), Energiepolitik (S.19), Aktivrente mit Kapitalmarktelementen (S. 30) etc.

Streitschrift? „Ist eine literarische Textform, die eine engagierte, oft polemische Auseinandersetzung mit bestehenden Positionen in Politik, Wissenschaft, Literatur oder Religion darstellt.“

In eigener Sache: Die Idee, eine neue Partei in Deutschland zu gründen, ist bester Stoff für einen Stammtisch, von dem man dann aufsteht und alle murmeln: „Na ja, ist halt so, war immer so.“ Aber der Blick von außen gibt einem – gab mir – eine andere Perspektive: Warum ist, was ist, weil es immer so war? Das war vielleicht im Deutschland Konrad Adenauers richtig, die Welt war stabil im ‚Kalten Krieg‘. Es ist fast eine Plattitüde, aber heute ist die Zukunft unvorhersehbar, ja gefährlich. Deutschland ist nicht geankert, das Boot schaukelt von links nach rechts, es gibt keine Kurskorrektur wie in Polen, unserem Nachbarn, wo der Ostwind eben kälter weht. Deutschland betreibt Nabelschau. Das hat mich, den ‚Rückkehrer‘ und ‚halben Ami‘, gewurmt, und dieser Wurm ist nun aufs Papier gekrochen und gräbt sich hoffentlich in viele, vor allem junge Gehirne!

3. Rückschau

Deutschland ist eine Republik der Schlagworte geworden: Die von Bundeskanzler Olaf Scholz groß angekündigte „Zeitenwende“ hat im Haushalt 2024 nicht stattgefunden.

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG), von der damaligen Bundesministerin für Wohnen, Klara Geywitz, als Generationenaufgabe angepriesen und als „Flottenwechsel beim Heizen“ bezeichnet, ist ein völlig unnützes, superbürokratisches Gesetzeskonvolut, das ersatzlos gestrichen werden kann.

Alte, überkommene Gesetze wie das Bundesmeldegesetz, die man ersatzlos streichen sollte, wurden stattdessen novelliert und von der damaligen Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, und ihrem Bundeskanzler Olaf Scholz unterzeichnet. Die wirklich gravierenden Probleme unserer Gesellschaft blieben jedoch unbearbeitet: Die Bundeswehr ist nicht kriegstauglich, die Infrastruktur ist völlig veraltet, der Bürokratieabbau stagniert, und bei der digitalen Infrastruktur liegt Deutschland in Europa lediglich auf Platz 13.

Die Rentenanstalt mit 25.000 Beamten und Angestellten ist ein Musterbeispiel für unsere Rückständigkeit, wo uns doch Indien zeigt, wie Digitalisierung hier radikale Vereinfachung bringt. Deutschland hat sich durch exorbitante Sozialleistungen zu einer Futtertrogrepublik entwickelt. Trotz massiver Bildungskontrollbürokratie ist Deutschland im internationalen Vergleich nur Mittelmaß und rangiert nahe am OECD-Durchschnitt und kann so in einer wissensbasierten Zukunft nicht mithalten.

Auch die Kontrollwut der EU-Kommission, die mit 32.000 Bürokraten (!!) neben ihren originären Aufgaben ein Mikromanagement in allen Mitgliedsländern betreibt – von der überbürokratischen Klimapolitik, dem sogenannten „Green Deal“, bis hin zum erzwungenen Ende von kraftstoffgetriebenen Fahrzeugen.

4. Gesellschaftskritik für eine bessere Zukunft

Gesellschaftskritik wird oft als Nestbeschmutzung bezeichnet. Doch genau das Gegenteil ist der Fall: Man kann Gesellschaftskritik vielmehr als Nestreinigung verstehen, und in diesem Sinn möchte ich den Begriff Gesellschaftskritik verstanden wissen.

Denn eine solche Nestreinigung hat in Deutschlands Geschichte in vielen Bereichen nicht stattgefunden – sei es alte Gesetze, die Rente, die Krankenversicherung oder Bildung. Dies ist insbesondere für die junge Generation von Bedeutung, da Deutschland nicht ausreichend auf ihre Zukunft vorbereitet wurde.

Sie erben von uns „Alten“ ein unordentliches Haus. Deshalb versteht sich dieser kritische Essay auch als Aufruf an die junge Generation, dieses unordentliche Haus Bundesrepublik aufzuräumen und für ihre Zukunft vorzubereiten.

5. Top-Down und Bottom-Up Gesellschaftsmodelle

Gesellschaftsmodelle lassen sich als „Top-Down“ und „Bottom-Up“ charakterisieren. In einer Top-Down-Gesellschaft werden gesetzliche Vorschriften „von oben“ erlassen. In einer Bottom-Up-Gesellschaft hingegen werden Gesetze, soweit möglich, an den lokalen Interessen ausgerichtet, sodass sie vor Ort Akzeptanz finden oder sogar direkt aus lokalen Initiativen entstehen. Der berühmte US-Senator Tip O’Neill hat es treffend formuliert und praktiziert: „All politics is local.“

Im Gegensatz zu anderen Nationen hat es in der Geschichte Deutschlands keine gesellschaftlichen Umwälzungen durch Revolution wie in den USA und Frankreich gegeben, welche die vielen autoritären Strukturen der Gesellschaft grundlegend verändert hätte. Die Paulskirchenverfassung von 1849 ist gescheitert, das republikanische Intermezzo, das Pflänzchen ‚Weimarer Republik‘, hat nie richtig Wurzeln geschlagen, dafür hat Hitler gesorgt! Obwohl die Bundesrepublik 1945 einen Neuanfang machte, haben sich aus dem Deutschen Reich alte autoritäre Rechtsstrukturen bis heute erhalten.

Beispiele dafür sind zahlreich: Die deutsche Rentenversicherung stammt aus Bismarcks Zeiten, zwar angepasst, ist aber im Kern unverändert gültig. Das Bundesmeldegesetz (BMG) stammt aus dem 19. Jahrhundert und ist heute völlig überflüssig. Das Reichskonkordat mit der katholischen Kirche, das am 20. Juli 1933 – nur sechs Monate nach Hitlers Machtergreifung – von dem neu etablierten NS-Regime mit dem Heiligen Stuhl, vertreten von Kardinalsstaatssekretär Pacelli, dem späteren Papst Pius XII., abgeschlossen wurde, strategisch von Hitler geplant, um die katholische Bevölkerung, die seiner Machtergreifung kritisch gegenüberstand, zu befrieden.

Dies sind Beispiele dafür, wie die Bundesrepublik aufgrund ihrer Geschichte in vielen gesellschaftlichen Regelungen bis heute eine Top-Down-Gesellschaft geblieben ist.

Die USA hingegen sind eine Bottom-Up-Gesellschaft. Sie wurde von Menschen gegründet, die genau diesen von der Aristokratie stammenden Top-Down-Knebelungen entfliehen wollten, religiöse Freiheit suchten und ihr Leben selbstbestimmt gestalten wollten. Die Verfassung der USA, „We the People“ von 1787, und die Bill of Rights von 1791 sind aus diesem Geist entstanden.

In Deutschland und Europa gibt es unzählige Beispiele, wie Top-Down-Regelungen durch Bottom-Up-Lösungen ersetzt werden könnten. Dadurch würden viele Gesetze überflüssig oder könnten zumindest besser akzeptiert und umgesetzt werden – als notwendige Vorbereitung auf unsere Zukunft.

6. Politik im heutigen Deutschland

Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland vertreten jeweils eine Politik, die durch ihre geschichtlichen Wurzeln ideologisch geprägt ist – sei es durch christliche Prinzipien, sozialistisch-wirtschaftliche Verteilung, grüne Utopien oder nationalistische Phantasien. Gesetzesvorschläge sind oft nicht sachlich und **Vernunft**-basiert, sondern entspringen reiner Ideologie: die Stilllegung der Atomkraftwerke durch den tief grünen letzten Wirtschaftsminister Magister Artium Dr. phil. Robert Habeck, das Bürgergeld der SPD, die enge Verflechtung von Kirche und Staat mit Religionsunterricht in öffentlichen Schulen, der Einziehung der Kirchensteuer durch den Staat in einer weitgehend säkularen Gesellschaft. Allein das CSU Fürstentum Bayern zahlt jährlich etwa 70 bzw. 20 Millionen Euro an die katholische bzw. evangelische Kirche.

Im Gegensatz dazu sollte die **Vernunft** das übergeordnete Prinzip aller Politik sein – frei von Weltanschauung. Ziel aller politischen Regelungen muss es sein, Deutschland weiter in eine offenere Gesellschaft mündiger Bürger zu entwickeln, die diese offene Gesellschaft gegen ihre inneren Feinde verteidigt – wie es Karl Popper eindringlich in „*Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*“ formulierte.

Innere Feinde einer demokratischen Gesellschaft sind totalitäre Ideen wie Faschismus und Marxismus sowie radikal-religiöse oder nationalistisch-völkische Bewegungen. Sie rekrutieren ihre Anhänger sowohl aus Menschen, die sich benachteiligt fühlen, als auch aus solchen, die durch Gruppenzugehörigkeit eine vermeintlich „größere Identität“ suchen und erleben.

Die populistischen Parteien nutzen die allgegenwärtige „Oben-Unten-Relation zwischen Elite und Volk“ und erzielen mit plakativen Behauptungen Erfolge bei genau diesen Menschen, die dadurch leicht verführt werden können. Ein Verbot solcher Parteien ist keine Lösung – im Gegenteil: Es würde die Mitglieder nur noch stärker radikalisieren.

Die etablierten demokratischen Parteien müssen daher eine glaubhafte Alternative bieten: eine Politik, welche die Sorgen und Befürchtungen der Bürger ernst nimmt und entsprechend handelt. An erster Stelle ist hier das ungelöste Flüchtlingsproblem zu nennen.

Was hat hier die letzte Ampelkoalition erledigt? Sie hat die Grenzen für Flüchtlinge weit offen gelassen und damit Kriminalität ins Land geholt, sie hat ein krotisches TopDown Gebäudeenergiegesetz (GEG) erlassen, hat den Atomausstieg vollendet und nicht den möglichen weiteren Betrieb der letzten Atomkraftwerke verfolgt und den Futtertrog ‚Bürgergeld‘ nicht reduziert etc. etc.

Was für eine Chance für eine neue Regierung, eine CDU, die beauftragt wurde diese Probleme anzugehen, nachdem die SPD abgestraft wurde!

Aber hier ist nun unser neuer Kanzler Friedrich Wilhelm Merz, von dem man annahm, dass er nach einer glänzenden Karriere bei BlackRock die deutsche Politik neu ausrichten und die marktwirtschaftliche Schärfe zurückbringen würde, die er bei BlackRock praktiziert hat. Aber er konnte nur Kanzler werden, indem er sich, vermutlich gegen seine ureigenen Überzeugungen, in das Korsett mit der SPD zwingen musste, einer SPD, die die letzte Bundestagswahl krachend verloren hat. „Die „babylonische Gefangenschaft“ der Union (Eckhard Jesse, NZZ 16.11.25). Und diese mésalliance wurde ausgehandelt mit dem Parteikarrieristen Herrn *Magister Artium* Lars Klingbeil, der ohne Ausbildung, die ihn als Finanzminister qualifiziert hätte, auch noch den Vizekanzler Posten erhalten hat und die SPD steht nun als Koalitionssieger da mit 7 von 17 Ministerposten! Wo ist hier die sachliche Begründung für diese mésalliance? Das ist nicht nur eine mésalliance, das nennt man in der Psychologie eine ‚symbiotische Beziehung‘! ChatGPT sagt dazu: „*die Partner sind praktisch voneinander abhängig.....erleben das Funktionieren der Beziehung als notwendig für ihr eigenes Wohlbefinden*“. Alleine mit der CDU würde der ehemalige Blackrock Manager Merz eine klare konservative Politik mit Kante vertreten. Aber nun in der Zwangsjacke mit der SPD muss er Kröten schlucken, sei es Bürgergeld, Krieg in der Ukraine, Rente und letztlich der Haushalt bei dem natürlich Herr Mag. Art. Klingbeil mehr Schulden machen möchte und damit Deutschland immer weiter in Richtung Frankreich abdriften lassen würde.

Aber es gibt doch noch Hefe im CDU/CSU Brei: Es sind achtzehn CDU Abgeordnete unter 35 Jahren „die junge Gruppe der Unionsfraktion“, die sich entschlossen hat, der Rentenreform der tiefroten SPD Arbeitsministerin Bärbel Bas nicht zuzustimmen (Spiegel und NZZ 14.10.25). Wie die Rentenreform ausgelegt ist „würden dadurch Mehrkosten von mehr als 115 Milliarden Euro entstehen.....das wäre eine dauerhafte Milliardenlast auf den Schultern der jungen Generation, die nicht hinnehmbar ist“.

Richtig so, ihr jungen Rebellen! Aber ihr dürft hier nicht Halt machen. Ihr müsst noch viel mehr für die **Vernunft** in der Politik in Deutschland machen, also weiterlesen! Siehe Seite 6!!

7. Vorbereitung für die Zukunft

„Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.“

Dieser vielzitierte Satz von August Bebel gilt heute besonders für Deutschland – vor allem in seiner Rolle in Europa.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat es in unserer Welt nie zuvor so grausame Kriege gegeben wie aktuell in der Ukraine und in Israel/Gaza. Gleichzeitig existieren so viele Länder, die von despotischen Diktaturen beherrscht werden, so viele gefährliche politische Konstellationen (China–Taiwan), regionale Konflikte, rasante technologische Entwicklungen und soziale Spannungen. Deutschland muss diese Gegenwart erkennen und sich auf eine voraussehbar schwere, ja gefährliche Zukunft vorbereiten, d. h. ja ‚martialischer‘ werden – Appeasement ist zu Ende!

Wieder mahnt Karl Popper:!

„Unsere Einstellung der Zukunft gegenüber muss sein, dass wir jetzt verantwortlich sind für das, was in der Zukunft passiert.“

Man stelle sich folgendes Horrorszenario vor: Der Ukraine-Krieg ist noch nicht beendet (keine Taurus von Deutschland!), und es gibt keine Hilfe mehr von den USA. China greift Taiwan an, die USA setzen ihre Priorität auf die Verteidigung Taiwans und engagieren sich in der NATO nicht mehr. Putin nutzt diese Lage und „schnappt“ sich seine alten „Besitztümer“ – Litauen, Estland und Lettland –, um seine Großrussland-Träume zu verwirklichen.

Ist Deutschland, ist Europa darauf vorbereitet? Deutschland muss in dieser Situation seine Vergangenheit überwinden und die Appeasement-Politik der Scholz-Regierung gegenüber Putin aufgeben – also ein klares „Ja zu Taurus für die Ukraine“ aussprechen. Ganz Europa sollte sich ein Beispiel an Polen nehmen, das etwa 4,7%, nochmal 4,7% des BIP für Verteidigung ausgibt. Deutschland müsste entsprechend 194 Milliarden Euro für Verteidigung planen, aber Deutschland, wie schon immer, drückt sich mit einem Verteidigungshaushalt von 90 Milliarden Euro, also ein 100 Milliarden Euro Minus Engagement.

Doch der Diktator Putin, gegen den der Internationale Gerichtshof (ICC) einen Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen (u. a. wegen der unrechtmäßigen Verschleppung ukrainischer Kinder) ausgesprochen hat und hier in Europa festgenommen werden müsste, erhielt von Donald Trump in Alaska den roten Teppich – ohne Gegenleistung. Auch Trumps Drohung, massiv in den Ukraine-Krieg einzugreifen, falls Putin nicht einem „Deal“ zustimme, machte Trump nicht wahr. Wladimir Putin, der ehemalige KGB-Offizier, saß stattdessen wohl zu Hause und öffnete mit seinen Politclaqueuren ein paar Flaschen Krimsekt und zeigte seinen Empfang bei seinem ‚druzhishche‘ Donald: „Hab ich bekommen alles und hab ich gegeben nichts.“

Wenn selbst nach diesem Theater nichts geschieht – was muss noch passieren, damit sich Europa endlich formiert und seine Verteidigung selbst in die Hand nimmt? Wo sind die ‚anderen‘ Europäer, die sich nicht mehr von Putins Drohungen einschüchtern lassen, siehe Polen? Wo ist die Bundestagsrede von Herrn Merz, der die Deutschen aus ihrem Merkelschen Nachbiedermeier reißt und in die kalte Realität holt? Wo ist Herr Wadephul, der eine Grundsatzrede an unsere Bundeswehr hält und den Soldat:innen ihre neue Verantwortung erklärt und seine totale Unterstützung zusagt? Denk ich an Deutschland in der Nacht ...

Nur wer die Gegenwart mit all ihren Bedrohungen klar sieht, kann die Zukunft gestalten. Deshalb sollten vor allem die jungen Bürgerinnen und Bürger an grundlegenden Änderungen interessiert sein: alten Top-Down-Schrott entsorgen, die innere und äußere Sicherheit Deutschlands neu aufbauen – weil es ihre Zukunft ist.

Daher möchte diese Streitschrift auch einen „positiven Protest“ für die kommende Generation inspirieren:

„Wir Jungen protestieren gegen überkommene Prinzipien, Privilegien und rigide gesellschaftliche Strukturen, gegen den Mangel an einer Gestaltung unserer Zukunft – denn unser Land ist nicht für unsere Zukunft vorbereitet, nicht gerüstet, ja im wörtlichen Sinn nicht gerüstet, nach Innen und nach Aussen.“

8. Generationen Gerechtigkeit

Die Mahnung von Karl Popper, dass wir **jetzt** verantwortlich sind für das, was in der Zukunft passiert gilt für keine gesellschaftliche Problematik mehr als für die finanzielle Belastung der nächsten und zukünftiger Generationen: Deutschland steht vor einer tiefgreifenden demographischen Verschiebung. Die Bevölkerung altert, während die Zahl der Geburten niedrig bleibt. Dadurch verschiebt sich das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentenempfängern dauerhaft. Das heutige Umlagesystem gerät strukturell unter Druck.

Dieses Problem existiert schon seit langem: Deutschland hat seit 1972 ein Geburtendefizit, d.h. eine Geburtenrate von ca. 1,4 pro Frau, erforderlich wären 2,1 für ein Wachstum der Bevölkerung. Heute stehen 22 Millionen Rentner 45 Millionen Erwerbstätigen gegenüber!

Die bestehenden gesetzlichen Regelungen zur Unterstützung von Familien mit Kindern sind grotesk kompliziert mit einer entsprechenden Kontrollbürokratie.

Wieder hilft ChatGPT mit Daten:

- **Kindergeld:** Eine familienpolitisch begründete Transferleistung, die an Eltern ausgezahlt wird und der Freistellung des Existenzminimums von Kindern dient. Seit Januar 2025 beträgt das Kindergeld 255 € pro Kind/Monat. [Wikipedia+2Familienportal+2](#)
- **Elterngeld:** Einkommensersatzleistung für Eltern, die ihre Erwerbstätigkeit nach der Geburt einschränken oder unterbrechen, um sich der Kinderbetreuung zu widmen. [Familienportal](#)
- **Kinderzuschlag:** Ergänzungsleistung zu Kindergeld für Familien mit geringerem Einkommen, die aber grundsätzlich in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Ab 1. Januar 2025 beträgt der Maximalbetrag bis zu 297 €/Kind/Monat. [EU-Gleichbehandlungsstelle | Startseite+1](#)
- Steuerliche Entlastung – z. B. **Kinderfreibetrag:** Familien erhalten durch das Steuerrecht Erleichterungen, die das Familieneinkommen entlasten. [BMBFSFJ+1](#)
- Weitere Leistungen: Mutterschutz und Mutterschaftsleistungen, Unterhaltsvorschuss bei Alleinerziehenden, Leistungen für Bildung und Teilhabe (bei Anspruch auf Kinderzuschlag). [Familienportal+1](#)

Familiengehalt: Eine radikale Vereinfachung dieses typisch deutschen Bürokratenunsinns wäre **ein** Familiengehalt bei dem juristisch die Mutter bei jeder Geburt einen steuerfreien Betrag erhält, der so bemessen ist, dass eine Familie mit 4 Kindern mit einem zweiten Gehalt gut leben könnte.

Heute existierende familienbezogene Leistungen entsprechen ca. 77 Mrd. €/Jahr.

Durch Wegfall von Antragswesen, Prüfung, Verwaltung entsteht zusätzlich eine Bürokratieseinsparung von 4–6 Mrd. € / Jahr.

Nettomehrkosten durch das Familiengehalt:

- moderat (600 €): ~17–19 Mrd. € / Jahr
- realistisch (750 €): ~41–43 Mrd. € / Jahr
- ambitioniert (900 €): ~66–68 Mrd. € / Jahr

Auf die Frage an ChatGPT; „wie hoch ist die Gesamtsumme des Bürgergelds inklusive Kosten für Unterkunft und Heizung im Haushalt 2024?“

„→ **Gesamtvolumen Bürgergeld 2024 inkl. Unterkunft und Heizung: Rund 90-95Mrd.**“ Gibt es noch irgendein Argument dagegen, dass die Politik in Deutschland bürgerfeindlich ist? Hat die AfD so unrecht?

Mehr Regelungen müssten diese neue Gesetz absichern vor Missbrauch etc. Hier ging es mir um das Prinzip: Deutsche Top Down Regelungswut aufzuzeigen.

8. Gleichstellungspolitik in Deutschland

Das Verhältnis zwischen Frau und Mann und ihre Rolle in der Gesellschaft haben sehr tiefe Wurzeln. Es war eben die Steinzeit, als körperliche Kraft für das Überleben eine absolute Notwendigkeit war. Dadurch entstanden männerdominierte Verhaltensmuster, die sich über Jahrtausende in der Gesellschaft verfestigt haben.

Dieses Muster ist bis heute in allen Lebensbereichen nachweisbar: Über allen Menschen herrscht ein männlicher Gott, sei es Rahma, Vishnu und Shiva im Hinduismus, der muslimische Allah oder der christliche Yehovah der Juden und Christen. Auch der Sündenfall wurde natürlich Eva, einer Frau, zugeschrieben. In der christlichen Kirche waren immer nur Männer Päpste und Priester; im Mittelalter wurden Hexen verbrannt, aber nie „Hexerliche“. Selbst der aufgeklärte Dichturfürst Goethe, der seiner Freundin Frau von Stein aus Rom von seinen Liebschaften berichtete, stimmte als Zünglein an der Waage für die Todesstrafe der Kindsmörderin Johanna Catharina Höhn „....dass auch nach meiner Meinung rätlicher seyn mögte die Todesstrafe beyzubehalten“ und hat damit ihren Tod verschuldet.

Wen wundert es also, dass es bis heute noch immer so ist – zwar nicht mehr so eklatant, aber dennoch in allen Bereichen der Gesellschaft spürbar.

Dabei gibt es glänzende Beispiele von Frauen in der Politik:

- Golda Meir, Ministerpräsidentin Israels in den schweren Anfangszeiten des Staates, war eine hoch respektierte Vertreterin ihres Landes.
- Madeleine Albright, amerikanische Außenministerin von 1997 bis 2001, vertrat die USA standfest in der Welt.
- Marie-Agnes Strack-Zimmermann, heutige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, hat sich ihre Position durch Überzeugungsstärke und Streitbarkeit erarbeitet.
- Katherina Reiche, die Wirtschaftsministerin, die nun Wirtschaftspolitik mit klarer Kante macht
- Stefanie Babst, NATO Deputy Assistant Secretary-General 2006-2012 (NZZ 1.10.2025)

Auch auf europäischer Ebene gibt es starke Beispiele: Christine Lagarde, Vorsitzende der Europäischen Zentralbank, oder Margrethe Vestager, Executive Vice-President der EU-Kommission, die hartnäckig Antitrustverfahren führte (u. a. gegen Corning Glass, Teva).

Trotzdem ist das Gender-Problem in Europa – mit Ausnahme der skandinavischen Länder – weiterhin allgegenwärtig. Bei Einstellungen werden Männer bevorzugt, und die Verfahren sind selten genderneutral. Wie schädlich dies für Institutionen ist, zeigt das berühmte Beispiel der Berliner Philharmoniker: Die erste Frau, Madeleine Carruzzo, wurde erst 1982 (!) eingestellt – also eine Frau und 127 Männer. Erst mit dem Vorspielen hinter einem Vorhang, also anonym und ohne Kenntnis des Geschlechts, stieg der Frauenanteil systematisch an – heute allerdings immer noch nur bei 21 %. Dieses Verfahren kann man als „Berliner-Philharmoniker-Modell“ bezeichnen: ein Beispiel, wie Einstellungsverfahren geschlechtsneutral gestaltet werden müssen, damit Fachwissen und Können das entscheidende Kriterium bleiben.

Die Konsequenz dieser Erfahrung muss sein: Alle einstellenden Institutionen sollten ihre Verfahren so weit wie möglich nach dem Berliner-Philharmoniker-Modell gestalten.

Die Genderparität per Proporz zu erreichen, ist hingegen keine Lösung. Im Gegenteil: Sie stellt eine Missachtung der Fähigkeiten von Frauen dar, fast so, als wären Frauen behindert und müssten besonders behandelt werden. So geschehen im letzten „Gemischtwarenministerium“ für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter der tiefgrünen Ex-Ministerin Lisa Paus, die durch das Zweite Führungspositionen-Gesetz (FüPoG II) verfügen ließ: „Mindestbeteiligungsgebot von Frauen für Vorstände mit mehr als drei Mitgliedern in großen deutschen Unternehmen“. Unternehmen, die keine Frauen im Vorstand haben, sollten zukünftig effektiv sanktioniert werden. – Was für ein grüner Unsinn! Dieses FüPoG II

kann, nein, muss ersatzlos gestrichen werden, denn Unternehmen stellen auch ohne Anweisung Frauen mit der für sie erforderlichen Erfahrung ein. Siehe Evelyn Palla, die neu bestellte Bundesbahn-Chefin.

Deutschland sollte sich ein Beispiel an seinen europäischen Freunden nehmen – Norwegen, Schweden, Finnland, Island und Estland – alles Länder mit Ministerpräsidentinnen! Schweden etwa ist in der Gleichstellungspolitik vorbildlich: Schon seit den 1980er-Jahren wird dort intensiv an der Gleichstellung der Geschlechter gearbeitet. Seit 1980 gibt es eine Ministerin für Gleichstellungsfragen, die Gesetzgebung initiiert und andere Ministerien berät. Auf Regierungsebene existiert seitdem eine eigene Abteilung für Gleichstellungsfragen, die alle gesellschaftlichen Institutionen unterstützt.

Das Ergebnis: Nach mehr als 40 Jahren systematischer politischer Arbeit liegt der Frauenanteil in den öffentlichen Positionen heute bei rund 48 %.

Kann Deutschland – sollte Deutschland – sich daran nicht ein Beispiel nehmen? Schon die Ernennung einer Ministerin für Gleichstellungsfragen würde das Thema hierzulande deutlich sichtbarer machen.

9. Populismus in Deutschland

Wie soll man mit einer AfD umgehen, die jede Verantwortung für die Taten des Nationalsozialismus ablehnt und in ihrem Wahlprogramm in Thüringen ein Gedicht des nationalsozialistischen Hetzers Langheinrich voranstellt – und damit „unverhohlen den Nationalsozialismus und sein völkisches Vorfeld verherrlicht“ (Historiker Jens-Christian Wagner)?

Ist ein Parteiverbot, wie es in der SPD (SPD-Chefin Saskia Esken) und von den Grünen (Ex-Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt) diskutiert wurde, die Lösung? Die NZZ kommentierte am 4.1.2024: „Die Wirkung, die Esken und andere Verbotsfreunde durch ihre Äußerungen auslösen, verpufft nicht nur, sie verkehrt sich ins Gegenteil.“

Populismus ist eine Bewegung, die in allen Ländern Europas existiert – und sie hat viele Gründe. Ganz oben steht die Sorge der Menschen, ihre gewachsene Gruppenidentität durch Einwanderung zu verlieren. Diese Identität in der Gruppe ist eine evolutionäre Prägung des Menschen. Das zeigt die Sprachforschung: In Nigeria gibt es beispielsweise 514 verschiedene Sprachen – keine Dialekte. Das bedeutet, Bevölkerungsgruppen haben jeweils 500 bis 1000 Jahre sesshaft und isoliert zusammengelebt und ihre eigenen Sprachen entwickelt. Der Wunsch, die Identität in der eigenen Gruppe zu bewahren, ist also eine tiefe Prägung des Menschen – er muss aber in einer modernen Gesellschaft nach dem Prinzip „Identität mit Toleranz“ praktiziert werden.

Die AfD bedient diesen Wunsch nach Identität und nutzt ihn, um Xenophobie, Fremdenhass in den Menschen zu schüren. Es ist absoluter Unsinn, die AfD, die wie die CDU bei ca. 26 % liegt, über das Bundesverfassungsgericht verbieten zu wollen. Ein solcher Schritt wäre zutiefst undemokratisch und garantiert das Rezept für eine weitere Stärkung der AfD. Nigel Farage lässt grüssen, der mit seiner Ukip, vermutlich der nächste populistische Premierminister im vornehmen United Kingdom in Downing Street 10 sein wird. Wir müssen lernen, mit der AfD umzugehen, denn ihre aktive Beteiligung in der Politik ist unvermeidlich, siehe Wilders in Holland und Meloni in Italien. Und: „Die Angst vor der AfD ist irrational.....Libereralität heisst andere Meinungen zu tolerieren, nicht sie zu ächten (Eckhard Jesse

Die AfD wird vermutlich nach ihrer Protestphase moderater werden: „Weniger Protestpartei: Die AfD wird zunehmend wegen ihrer inhaltlichen Positionen gewählt“ (Renate Köcher, FAZ, 19.7.2025). Sie wird also „bürgerlicher“ und wählbarer: Mit den Umfrageergebnissen führt schlicht kein Weg mehr an der AfD vorbei.

Der historische Grund für ihre zunehmende Popularität ist, dass Angela Merkel die CDU nach links driften ließ und damit das Dogma von Franz Josef Strauß „Nichts rechts von der CSU“ missachtete. Die CDU muss nun versuchen, diesen rechten Rand wieder „einzufangen“ – was nicht einfach ist. Denn liest man das Bundestagswahlprogramm 2025 der AfD, so findet man neben unsinnigen Aussagen,

etwa der Leugnung des Klimawandels als Folge der Treibhausgase oder der Behauptung, Windkraftanlagen seien gesundheitsschädlich – auch sinnvolle Vorschläge, die CDU und SPD nicht abdecken:

- Wiedereinführung der Wehrpflicht
- Eindämmung des politischen Islam
- Bahnprivatisierung und Ausbau des Schienennetzes
- Kritik am Zentralismus der EU
- Ablehnung von Frauenquoten
- Förderung von Forschung sowie mehr Markt- und Technologieoffenheit
- Wiedereinstieg in die Atomenergie (wie die Schweiz)

Die Bundesvorsitzende der AfD, Alice Weidel, hat in ihrer Rede im Bundestag am 9.7.2025 eine in vielem total berechnete Kritik an der Merz-Klingbeil-Regierung geübt und die groteske Idee geäußert, die AfD, die fast gleich viele Wähler hat wie die CDU/CSU, zu verbieten, d. h. 17,4 Millionen Wählern die Stimme wegzunehmen.

Wollte man die Popularität der AfD eindämmen, müssten alle Parteien den Menschen zuhören und ihre Befürchtungen ernst nehmen. Die Reaktion sollte konkret sein:

1. Radikale Grenzregelung für Deutschland und Europa – nach dem Muster Dänemarks, das durch eine „*harte Gangart mit Signalwirkung*“ eine Sonderregelung im Justizbereich mit der EU ausgehandelt hat und nun praktisch null Immigration hat.
2. Kontrollierte Einwanderung über die Botschaften der Herkunftsländer der Flüchtlingswellen (s.u.).

10. Bürokratie und ihre Kontroll- und Regelwut

Die ausufernde Bürokratie in „diesem unseren Land“ entsteht durch die Regulierungswut in unserer Top-Down-Gesellschaft Deutschland. Gesetze müssen von oben alle Eventualitäten abdecken, um Rechtssicherheit zu schaffen – und genau dadurch wächst die Bürokratie ins Unermessliche.

Deshalb muss die absolute Priorität der jetzigen und aller zukünftigen deutschen Innen- und Europa-politik darin bestehen, diese Kontroll- und Bürokratiewut – eine direkte Folge der Top-Down-Struktur in Deutschland und auch in Europa – konsequent abzubauen.

Beispiel 1: Das Bundesmeldegesetz

Das Bundesmeldegesetz hat seinen Ursprung im preußischen „Straßen- und Wohnungsanzeiger für die Residenzstadt Berlin“ von 1812, herausgegeben vom königlichen Bauinspektor Salomo Sachs. Aus diesem Wohnungsanzeiger entwickelte sich die heutige „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Bundesmeldegesetzes (BMGVwV)“ mit 52 Paragraphen.

Dieses Gesetz wird in rund 5.200 Einwohnermeldeämtern von ca. 20.000+ Beamten verwaltet, die folgende Aufgaben haben:

1. Vollzug des Meldegesetzes
2. An- und Abmeldungen
3. Aufenthalts- und Meldebescheinigungen
4. Auskunftssperren
5. Ausstellung von Reisepässen, Personalausweisen und Kinderpässen

6. Führungszeugnisse

7. Beglaubigungen von Dokumenten oder Unterschriften, die nicht der notariellen Form unterliegen

8. Ausstellung von Fischereischeinen

Ja – sogar Fischereischeine, das sind ca. 1,7 Millionen Fischer, also 0,02% der Bevölkerung werden hier von unseren Beamten verwaltet!

Inzwischen ist das Gesetz ein Konvolut von 57 Paragraphen mit teils absurden Vorschriften, etwa:

„Der Wohnungsgeber ist somit verpflichtet, bei der Anmeldung der einziehenden Person gegenüber dem Einwohnermeldeamt mitzuwirken (...)“

oder

„Als Wohnungsgeberbestätigung (oft auch Wohnungsgeberbescheinigung, Einzugsbescheinigung, Vermieterbescheinigung oder Mieterbescheinigung genannt) wird die Bescheinigung des Vermieters darüber bezeichnet, dass ein Mieter in seine Wohnung eingezogen ist.“

Superbürokratisch – und fast zum Lachen – wird es bei Formulierungen wie:

„Ordnungswidrig handelt, wer entgegen § 17 Absatz 1, auch in Verbindung mit § 27 Absatz 2 Satz 2 oder § 28 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2, entgegen § 29 Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 4 Satz 2 oder § 32 Absatz 1 Satz 2 sich nicht richtig oder nicht rechtzeitig anmeldet.“

Damit nicht genug: 2022 veröffentlichte das BMI eine „Neufassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Bundesmeldegesetzes“ – wieder mit 52 Paragraphen und 16 Anlagen.

Darin findet sich u. a. folgende Regelung für umherziehende Handlungsreisende:

„Von Personen, die eine gültige Reisegewerbekarte besitzen und wegen ihrer gewerblichen Tätigkeit überwiegend im Inland unterwegs sind und dabei dauerhaft im Wohnwagen leben, ohne eine Wohnung gemäß § 20 BMG zu beziehen (beruflich Reisende), ist eine freiwillige Anmeldung entgegenzunehmen, wenn ein ausreichender örtlicher Anknüpfungspunkt besteht. (...) Allein die Adresse des Arbeitgebers reicht als Anknüpfungspunkt nicht aus.“

Man stelle sich vor, wie Beamte des BMI darüber diskutieren, was ein „ausreichender örtlicher Anknüpfungspunkt“ sein soll – als gäbe es nicht die allgegenwärtigen Handys, über die Bürger jederzeit erreichbar sind. Kaum vorstellbar, dass der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz und seine Innenministerin Nancy Faeser solchen Unsinn unterschrieben hätten, wenn sie dies selbst gelesen hätten.

Nicht genug: Darüber hinaus dürfen Informationen über Einwohner weitergegeben werden. So heißt es:

„Verlangen Mandatsträger, Presse oder Rundfunk Auskunft aus dem Melderegister über Alters- oder Ehejubiläen von Einwohnern, darf die Meldebehörde Auskunft erteilen über 1. Familienname, 2. Vornamen, 3. Doktorgrad, 4. Anschrift sowie 5. Datum und Art des Jubiläums. (...)“

Auch Adressbuchverlagen dürfen für die Herausgabe von Adressbüchern Daten über alle volljährigen Einwohner übermittelt werden.

Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) erlaubt zudem ausdrücklich „die Verarbeitung von personenbezogenen Daten zum Zwecke der Direktwerbung als ein berechtigtes Interesse des Verantwortlichen“. Ergebnis: der „gläserne Bürger“. Private Anbieter wie Einwohnermeldeamt²⁴ werben mit Sprüchen wie: „Sie suchen eine aktuelle Adresse von jemandem, können diese aber nicht finden ...? Wir finden jeden.“ – eine Praxis, die an die Bürgerüberwachung durch die DDR-Stasi oder der Volksrepublik China erinnert.

Ein weiterer Anbieter, „Supercheck Bonität“ (eine CRIF-Company mit 6.500 Angestellten), sammelt ebenfalls Meldedaten und verkauft sie gewinnbringend weiter – obwohl § 44 Abs. 3 Nr. 2 BMG klar festlegt:

„Melderegisterauskünfte für Zwecke der Werbung und des Adresshandels (...) bedarf der ausdrücklichen Zustimmung der betroffenen Person.“

Dieses Einwohnermeldegesetz ist insgesamt eine Überwachung mündiger Bürger, die der Gesichtserkennung in China kaum nachsteht.

Eine Einwohnerregistrierung ist heute nicht mehr notwendig. Wir sollten uns ein Beispiel an Frankreich, Großbritannien und den USA nehmen, die keine Meldepflicht haben und trotzdem Wahlen durchführen, Steuern einziehen, Pässe ausstellen können. Also warum nicht in Deutschland? „Ist halt so, war ja immer so“. Indien hat es allen gezeigt, wie Digitalisierung dem Bürger alle für ihn notwendigen Informationen bereitstellt – ohne Registrierung.

Das gesamte Bundesmeldegesetz kann, nein muss, ersatzlos abgeschafft werden. Die notwendigen Aufgaben wie Wahlbeteiligung, Ausstellung von Pässen und Personalausweisen könnten durch eine Befugniserweiterung von Standesämtern und Landratsämtern übernommen werden. Diese Neuregelung müsste klar die Maßgabe enthalten: keine Weitergabe personenbezogener Daten. Damit könnten rund 20.000 Beamte (das sind 2 Milliarden Euro Gehälter im Jahr) entlassen (Beamte entlassen??) dann eben für sinnvollere Aufgaben eingesetzt werden – etwa, die durch Flüchtlingsströme überlasteten Standesämter und Landratsämter zu entlasten.

Beispiel 2: Das Gebäudeenergiegesetz GEG 2020, Fassung 2024

Diese Regulierungswut wurde ‚in extremo‘ vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) demonstriert – mit der Kreativität von sicherlich über 50 der insgesamt 2.187 Beamten der Behörde.

Vornweg hat das BMWK einen sogenannten „Bürokratiekostenindex“ (BKI) erfunden, der die bürokratische Belastung von Unternehmen messen soll. Typisch Top-Down! Doch ausgerechnet das BMWK selbst hat mit dem jüngst verabschiedeten Gebäudeenergiegesetz (GEG) diese Bürokratiewut in Reinform vorgeführt – ein Gesetzeskonvolut, das den BKI nicht senkt, sondern garantiert ansteigen lässt.

Der Name dieses Monsters lautet: „Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden“.

Das GEG umfasst sage und schreibe 114 Paragraphen auf 67 Seiten – ein wahres Bürokratiegebirge.

Von der damaligen dunkelroten Bundesministerin für Wohnen, Klara Geywitz, wurde es großspurig angepriesen:

„Wir stehen vor einer Generationenaufgabe. Es geht um den Einstieg in den Flottenwechsel beim Heizen.“

Die „neue Flotte“ GEG wird dann vorgestellt und muss, weil von oben entworfen, sämtliche Eventualitäten definieren. Das Ergebnis: Ein Gesetz, das sich liest wie ein Lehrbuch für unverständliches Beamtendeutsch.

Beispiel aus § 2 Anwendungsbereich:

„Zu verwendendes Nutzungsprofil für die Berechnungen des Jahres-Primärenergiebedarfs beim vereinfachten Berechnungsverfahren für ein zu errichtendes Nichtwohngebäude“

Da fragt man sich, wozu überhaupt diese unverständliche Anweisung für ein „Nichtwohngebäude“ nötig sein soll! Oder:

„Mit Ausnahme der §§ 74 bis 78 ist dieses Gesetz nicht anzuwenden auf Gebäude, die für eine begrenzte jährliche Nutzungsdauer bestimmt sind und deren zu erwartender Energieverbrauch für die begrenzte jährliche Nutzungsdauer weniger als 25 Prozent des zu erwartenden Energieverbrauchs bei ganzjähriger Nutzung beträgt ...“

Kann es idiotischer sein? Hier werden fast grotesk seltene Situationen und Gebäudekonfigurationen definiert, deren Erarbeitung durch ein Heer von Beamten wohl mehr Energie verbraucht, als je eingespart wird.

Mehr noch: das Gesetz muss unendlich viele Variationen von Wohnungskombinationen für die Zuschusswürdigkeit abdecken – etwa:

- Mehrfamilienhaus für Selbstnutzer
- vermietende Selbstnutzer
- Mieter in einem Mehrfamilienhaus

Ja, selbst ein sogenannter „Geschwindigkeitsbonus“ wurde im Gesetz verankert, der größere Zuschüsse vor den Terminen der Pflichtinstallation gewährt.

Diese detailversessene Erfassung sämtlicher Eventualitäten ist absolut charakteristisch für die Top-Down-Logik. Logik? Irrsinn!

Fazit: Das gesamte GEG kann, nein, muss ersatzlos gestrichen werden – denn der Aufwand steht in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Nutzen.

Die Bundesregierung sollte sich bei Klimafragen mit dirigistischen Maßnahmen vollkommen zurückhalten. Denn die Industrie selbst hat großes Interesse an CO₂-Einsparungen und arbeitet dabei weit-
aus effizienter. Beispielhaft zeigt ThyssenKrupp, wie eine Kooperation zur CO₂-Reduktion in industriellen Prozessen erfolgreich umgesetzt werden kann.

Stattdessen sollte die Bundesregierung lieber „vor der eigenen Tür kehren“: In den zahlreichen Gebäuden der Ministerien könnten Maßnahmen wie klimafreundliche Wärmeversorgung, bessere Isolation und andere Energiesparprojekte umgesetzt werden. Werden diese Bemühungen zudem aktiv publiziert, könnte die Bundesregierung durch Eigeninitiative als Vorbild wirken.

11. Wirtschaft

Als einzige Nation in Europa verzeichnet Deutschland in den Jahren 2023, 2024 und 2025 eine Abnahme des BIP um 0,3 % bzw. 0,2 % – was einer leichten Rezession entspricht. Die Faktoren, die zu dieser Stagnation geführt haben, werden von verschiedenen Wirtschaftsanalysten und Organisationen wie ein Mantra wiederholt.

Die Befragung des ifo-Instituts zeigt:

43 % der befragten Ökonom:innen bewerten die Wirtschaftspolitik der Scholz-Regierung als mangelhaft bis ungenügend.

Die Hauptkritikpunkte sind:

1. der staatlich subventionierte Industriestrompreis – 83 % dagegen
2. der Atomausstieg, der den Strompreis in die Höhe getrieben hat – 60 % dagegen
3. das Gebäudeenergiegesetz (GEG)
4. exorbitante Sozialausgaben (z. B. Bürgergeld)

Auch die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) hat Alarm geschlagen, da der Industriestandort Deutschland in Gefahr ist. Ihre Forderungen lauten:

1. Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung endlich umsetzen
2. schnellere Genehmigungsverfahren
3. international wettbewerbsfähige Energiepreise in der EU sicherstellen
4. Resilienz von Wertschöpfungs- und Lieferketten erhöhen
5. Innovation und Forschung in der EU stärken
6. Handelsabkommen voranbringen
7. Datennutzung ermöglichen
8. Chancen der Künstlichen Intelligenz ergreifen
9. Cybersicherheit stärken
10. Fachkräfte entwickeln, gewinnen und halten

Im World Competitive Report des *International Institute for Management (IMD)* liegt Deutschland nur auf Platz 24 von 67 Nationen. An der Spitze:

- Singapur: Platz 1
- Schweiz: Platz 2
- Dänemark: Platz 3
- Niederlande: Platz 9

Und erneut dieselbe Litanei:

- Bürokratie
- übermäßige Steuern und Abgaben
- exorbitante konsumtive Wohltaten (z. B. Bürgergeld, Mütterrente I und II – zusammen 13 Milliarden Euro)
- hohe Energiepreise
- zerbröselnde Infrastruktur
- etc.

Nachzulesen in der NZZ vom 27.8.2024 unter der Überschrift: „Deutschland arbeitet an seiner Abschaffung als Wirtschaftsnation“ und am 2.8.2025 die Datenanalyse „Die deutsche Regulierungswut kostet Milliarden – das sind die teuersten Gesetze“ von Simon Off und Malte Fischer.

Christian Lindner hat noch als Wirtschaftsminister der Scholz Regierung in seiner Schrift „*Wirtschaftswende für Deutschland*“

<https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-11/wirtschaftswende-deutschland.pdf>

die Probleme der deutschen Wirtschaft präzise beschrieben und Lösungen vorgeschlagen:

- Sofortiges Moratorium zum Stop aller neuen Regulierungen
- Erleichterungen von den Nachweis- und Berichtspflichten des ‚Green Deal‘ und Ersetzen der nationalen durch europäische Klimaziele
- Signifikanter Einstieg in die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und Senkung der Körperschaftsteuer

Hallo Herr Magister Artium Klingbeil, haben Sie dieses Rezept gelesen?

Aber nun ist endlich eine gute Wirtschaftsministerin am Ruder: Katherina Reiche, eine von Kanzler Merz aus der Wirtschaft abgeworbene Senkrechstarterin: 1997 Abschluss als Diplom-Chemikerin an der Uni Potsdam, 1997 bis 1989 wissenschaftliche Assistentin und nach Ausscheiden aus der Uni mit 25 Jahren in den Bundestag gewählt, 2015 geht sie in die Wirtschaft: im Januar 2020 Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG und Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrats. Endlich, endlich, kann man sagen, haben wir Kompetenz im Wirtschaftsministerium! Warum kam sie zurück in die Politik? „Die besorgniserregende Lage unseres Landes. Wir sind in einer tiefen strukturellen Krise mit drei Jahren ohne Wachstum und stehen massiv unter Druck ... marktwirtschaftliche Preismechanismen müssen wieder Vorrang vor dem Ordnungsrecht haben.“ Wie bitte? Was für eine kalte Dusche für ihren Vorgänger im Amt, Herrn Dr. phil. Habeck!

Und sie sagt, was andere nicht zu sagen wagen: Sie weigert sich, wirtschaftliches Wachstum dem Klimaschutz bedingungslos zu unterwerfen. Sie macht klar, dass wir als Übergang zu einer fossil-armen Energiewirtschaft mindestens 20 Gigawatt zusätzliche Gaskraftwerkleistung brauchen! Natürlich heftiger Protest von den Grünen und der SPD. Weiter Politik mit **Vernunft**, mit der sie geliebtes bundesdeutsches Porzellan zerschlägt: Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Anhebung des Rentenalters. Gut so: Politik sollte genau davon leben, vom Streit um die besten Ideen. Und damit will sie den Geist Ludwig Erhards zurück ins Wirtschaftsministerium holen: weniger Subventionen, mehr Eigenverantwortung, härtere Reformen! (NZZ 6.10.25).

Und zur Freude dieses Autors sagt Reiche dezidiert: „Das Heizungsgesetz ist ein Prototyp dafür, wie man die Schraube beim Ordnungsrecht überdrehen kann“ (s. o.).

Und total selbstbewusst sagt Frau Wirtschaftsministerin: „Mein Haus wird das ordnungspolitische Gewissen der Regierung sein“, heißt: Auch für andere Minister werde sie darauf achten, dass ihre Entscheidungen nicht die Bürokratie bedienen. Gut so!

12. Infrastruktur

Es gibt wohl kein eklatanteres Beispiel, dass Deutschland nicht für die Zukunft vorbereitet ist: Im weltweiten Ranking der Länder nach der Qualität der Eisenbahninfrastruktur im Jahr 2019 liegt die Schweiz auf Platz eins, Japan auf Platz zwei – und Deutschland nur auf Platz zehn.

Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer systematischen Unterfinanzierung der Deutschen Bahn in den letzten zehn oder mehr Jahren (Frau Dr. Merkels Biedermeier-Jahre).

Die Schweiz investiert 450 Euro pro Einwohner, Deutschland lediglich 114 Euro. Umgerechnet auf die Streckenlänge des Schienennetzes (Deutschland: 33.422 km, Schweiz: 5.317 km) bedeutet das: Die Schweiz investiert fast fünfmal so viel wie Deutschland (CH: $7,5 \times 10^5$ Euro pro km, D: $1,6 \times 10^5$ Euro pro km).

Würde Deutschland die Bahn nach Schweizer Maßstäben finanzieren, müssten hierzulande 28 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich investiert werden!

Die Schlagzeilen:

- „Der Bahn fehlen laut EVG 57 Milliarden Euro.“
- „Marode Infrastruktur: Deutschland lebt von der Substanz. Die Industrienation blamiert sich mit einer unpünktlichen Bahn, kaputten Brücken und fehlenden Stromleitungen. Zumindest beim Straßennetz scheint aber eine Trendwende in Sicht.“ (NZZ, 9.8.2023)
- „Deutschland leidet unter Infrastrukturproblemen ... gesperrte Brücken, veraltete Schienensysteme, fehlende Stromtrassen oder langsames Internet und Funklöcher im Mobilfunknetz. Die Hiobsbotschaften über die deutsche Infrastruktur häufen sich in den letzten Jahren.“ (Focus Online, 28.12.2023)

Man ist sprachlos über dieses Konzert der Kritik. Man kann einfach nicht verstehen, warum die Bahn über Jahre so vernachlässigt wurde. Noch in den 1980er Jahren konnte man – ja, konnte ich – die Uhr nach der Ankunft eines ICE stellen.

Warum können wir nicht von der Schweiz oder Frankreich lernen, wie eine pünktliche Bahn organisiert sein muss?

Vorbereitung für die Zukunft? Hier liegt eine kapitale Aufgabe und das wäre echtes Bürgergeld. Aber nun ist ein Hoffnungsschimmer in die DB Stuben gekommen: Evelyn Palla, hat schon in den Regionalbahnen aufgeräumt und wird nun diese Medizin dem Koloss DB verschreiben.

13. Digitalisierung

Gemessen am „Digital Economic Society Index“ (DESI), der alle relevanten Daten zur Digitalisierung zusammenfasst, liegt Deutschland in Europa nur auf Platz 13 – hinter Ländern wie Malta, Irland oder Slowenien. Die Spitzenplätze belegen Finnland, Dänemark und die Niederlande.

Indien arbeitet bereits seit 2015 an der Digitalisierung – und ist heute eine der führenden Nationen. Dort kann beispielsweise jeder Bürger in einem Renteninformationssystem die Höhe seiner Rente in Abhängigkeit vom gewünschten Zeitpunkt der Pensionierung so planen, dass sein zukünftiges Einkommen seinen Bedürfnissen entspricht.

Auch in anderen Rankings sieht es düster aus:

- Im World Economic Forum liegt Deutschland auf Platz 18 von 20 Nationen.
- Bei Statista (DESI) steht Deutschland auf Platz 13.
- Die führenden Nationen sind erneut unsere Nachbarn: Finnland (Platz 1), Dänemark (Platz 2), Holland (Platz 3).

Wie kann es sein, dass zwei kleinere Länder direkt neben uns in der Digitalisierung so weit voraus sind? Sprechen wir nicht mit unseren Nachbarn?

Die letzten vier Jahre unter der Leitung von Dr. Volker Wissing, dem „Digitalprediger“ und Ex-Minister für Verkehr und Digitalisierung der Scholz-Regierung, waren verlorene Jahre – geprägt von Schlagworten, Plattitüden und endlosen Expertenausschüssen.

Wie wäre es, wenn Deutschland endlich mit den führenden Ländern Europas in der Digitalisierung – Finnland, Dänemark und den Niederlanden – Kooperationsabkommen abschließen würde? So könnten wir in kürzester Zeit Lösungen und Technologien importieren und anwenden. Eine solche Kooperation könnte als Pilotprojekt einer europäischen Harmonisierung der Digitalisierung dienen – eine Lösung durch **Vernunft** und gegen die lähmende Top-down-Struktur!

14. Energiepolitik

Die politisch-ideologisch begründete Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke (Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2) in Deutschland durch den tiefgrünen Ex-Wirtschaftsminister Dr. phil. Robert

Habeck wäre aus technischer Perspektive nicht notwendig gewesen. Die Bundesregierung hat keine Alternativen zur Schließung wie in der Schweiz zur Abstimmung angeboten. Die sofortige Schließung wird den Steuerzahler Milliarden Euro kosten. Direkte Folge: hohe Strompreise und ein wesentlich höherer CO₂-„Footprint“ durch die Zufütterung von Strom aus Kohlekraftwerken – sehr ungrün, Herr Ex-Wirtschaftsminister Habeck! Offensichtlich hat der Dr. phil. („Die Natur der Literatur. Zur gattungstheoretischen Begründung literarischer Ästhetizität“) nicht genügt für tiefere Einsichten in Wirtschaft und Technologie!

Die zwei Hauptereignisse, die zur Atomangst in Deutschland geführt haben, waren das Unglück im Salzstock Gorleben 1987, der schwere Unfall in Tschernobyl am 26. April 1986, verschuldet durch „gravierende Mängel in der Bauweise und eklatante Defizite in der Sicherheitskultur“. Fukushima am 11. März 2011 war hingegen ein geologisches Jahrhundertereignis – das letzte Großbeben mit Tsunami ereignete sich 863 n. Chr. Die katastrophale Fehlentscheidung der japanischen Atomenergiebehörde war, das Kernkraftwerk in Meeresnähe zu bauen, um billiges Kühlwasser zur Verfügung zu haben. Beides also Situationen, deren Wiederholung unwahrscheinlich ist.

Trotz dieser Katastrophen sind in Frankreich 70 Nuklearanlagen gebaut worden, von denen heute noch 57 in Betrieb sind. Sie wurden nach Tschernobyl und Fukushima nicht abgeschaltet. Manche Reaktoren laufen seit 50 Jahren, und Frankreich hat nun Laufzeitverlängerungen sowie eine neue Generation von Kernkraftwerken vorgesehen, obwohl der Zustand der alternden Reaktoren besorgniserregend ist. England betreibt 11 Reaktoren, die von Süd nach Nord verteilt sind.

Deutschland hatte zwischen 1970 und 1990 mit fünf Kernforschungsanlagen eine weltweit führende Nuklearforschung. Im Jahr 2000 beschloss eine schwarz-rot-grüne Bundesregierung unter der Leitung der Physikerin Dr. Angela Merkel den sogenannten Atomkonsens, der die Abschaltung, besser den „Abschuss“, von Kernkraftwerken vorsah. 2010 wurde unter derselben Kanzlerin eine Laufzeitverlängerung beschlossen, die jedoch 2011 im 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes wieder rückgängig gemacht wurde. Schließlich wurden 2023 unter einer rot-grün-gelben Koalition die letzten zwei Atomkraftwerke abgestellt.

In der Schweiz, wo meist vernünftiger und ideologiefreie Politik betrieben wird, hat sich der „Wind gedreht“: Nachdem 2019 nach Fukushima – auch durch die Grünen erzwungen – das Kernkraftwerk Mühleberg abgeschaltet wurde, erkannte man, dass der Energiebedarf der Zukunft mit Wasserkraft, Sonne und Wind nicht zu decken ist. Die Schweiz hat daher den „Ausstieg aus dem Atomausstieg“ beschlossen, rüstet drei AKW für den Dauerbetrieb nach und geht davon aus, dass bis 2050 sechs neue Reaktoren benötigt werden, um Stromausfälle zu vermeiden. So viel zu Herrn Dr. phil. Habecks „unumkehrbarem Ausstieg“.

Obwohl alle Reaktoren in Deutschland abgeschaltet sind, existiert weiterhin mit 80 Reaktoren in Frankreich, England und der Schweiz die Gefahr eines Atomunfalls direkt vor unserer Haustür. Wir haben also durch das Abschalten nicht die absolute Sicherheit für Deutschland erreicht.

Die Folge des deutschen Rigorismus: Stromkosten 2025: 36,7 Cent pro kWh – die weltweit teuersten; zum Vergleich: Der internationale Durchschnitt ist 11,6 Cent! Das ist ein wesentlicher Grund, warum ganze Industriezweige – etwa BASF – erwägen, ins Ausland zu gehen.

Der ‚Atomkonsens 2000‘ wurde unter der rot-grünen Schröder-Regierung beschlossen und 2011 nach Fukushima endgültig von der Merkel-Regierung, aber wesentlich von den Grünen beschlossen. Im Hinblick auf Frankreich, England, die USA (Three Mile Island-Unfall) und die Schweiz ist es die schon sprichwörtliche „deutsche Angst“, die von der Politik und hier vor allem von den Grünen bedient wurde. Der Rückbau eines AKW dauert 10–15 Jahre und kostet pro Reaktor 2–3 Milliarden Euro, also insgesamt 30–35 Milliarden Euro für alle 18 abgeschalteten Reaktoren. **Vernunft** hätte geboten, die Reaktoren so lange wie möglich in Betrieb zu lassen (siehe Schweiz) und damit Zeit zu gewinnen, um die Entsorgung radioaktiver Abfälle zu regeln, bei der Deutschland hinter allen europäischen Ländern

zurückliegt. Man muss sich nur fragen: Warum haben sich die Koalitionäre CDU, FDP und SPD damals von den grünen Ideologen so treiben lassen?

In England und den USA wurde ein neuer Reaktortyp entwickelt: der Small Modular Reactor (SMR). Diese Reaktoren werden zentral gebaut, transportiert und eignen sich besonders für die regionale Versorgung. In den USA ist dieser Typ bereits zertifiziert und wird bald gebaut – ein Beispiel dafür, dass man in wissenschaftlich-technologischen Fragen offen sein muss für neue Entwicklungen.

Und immer noch dieselbe irrationale Unkultur: Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, das unter dem modischen Kürzel BASE firmiert, ist eine nachgeordnete Behörde des Bundesgemischtwarenministeriums für „Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ mit 450 Angestellten!! BASE hat sich ebenfalls mit SMR-Technologie befasst. Die Kommentare sind durchweg kritisch bis negativ: „Um weltweit dieselbe elektrische Leistung zu erzeugen wie mit heutigen neuen Atomkraftwerken, wäre eine um den Faktor 3–1000 größere Anzahl an Anlagen erforderlich. Anstelle von heute circa 400 Reaktoren mit großer Leistung würde dies also den Bau von vielen tausend bis zehntausend SMR-Anlagen bedeuten.“ Das klingt wie ein Argument für den Erhalt großer Reaktoren – obwohl deren Abschaltung vor zwei Jahren von ex-Wirtschaftsminister Habeck erzwungen wurde.

Ein weiterer Kommentar von BASE lautet: „Anders als teilweise von Herstellern angegeben, muss bisher davon ausgegangen werden, dass für den anlagenexternen Notfallschutz bei SMR die Möglichkeit von Kontaminationen besteht, die deutlich über das Anlagengelände hinausreichen.“ Wie weit hinaus, bleibt unbeantwortet – und warum soll das nicht auch für konventionelle Atomkraftwerke gelten, die BASE gleichzeitig für sinnvoller hält?

BASE-Abteilungsleiter Jochen Ahlswede erklärte zudem: „Es gibt derzeit kein erkennbares Szenario, in dem SMR selbst unter den besten Umständen wirtschaftlich werden könnte.“ Zur Begründung verwies er auf das Scheitern eines SMR-Projekts in den USA. Eine typische Haltung dienstfertiger Bürokraten, die ihre Oberbehörde rechtfertigen müssen.

Doch diese Aussagen widersprechen klar der internationalen Entwicklung. Am 21. Februar 2023 wurde in den USA ein SMR von der Nuclear Regulatory Commission (NRC) zertifiziert. Angesichts der nuklearen Expertise der USA – etwa mit 18 nuklear betriebenen U-Booten der Ohio-Klasse und 49 schnellen Jagd-U-Booten – wirkt die BASE-Analyse wie eine Mischung aus Arroganz, Selbstlob und bewusster Irreführung der Öffentlichkeit.

Ein weiterer neuer Reaktortyp, der Flüssigsalzreaktor, wird derzeit international entwickelt; in China ist bereits ein Prototyp gebaut worden. Eine Suche auf der Website des BMWK ergibt „0 Ergebnisse“, auch Fehlanzeige auf der Website der EU-Kommission: „Keine Ergebnisse für Suchbegriff(e) Flüssigsalzreaktor“.

Allerdings muss auch in diesem Zusammenhang das Problem der alternden französischen Reaktorflotte erwähnt werden. Der World Nuclear Report kam diesbezüglich zu einer sehr kritischen Analyse:

„An ageing nuclear fleet with lowest performance in decades, manpower and competence challenges, unprecedented investment needs at times of unprecedented net debt, and never-ending problems at the only active construction site at Flamanville.“

Diese Analyse ist in der Tat besorgniserregend – ein weiteres Beispiel für die dysfunktionale Familie Europa, in der jeder schaltet und waltet, ohne Rücksicht auf Nachbarn.

Was bedeutet das für die Zukunft der Atomenergie? Die Schweiz hat ihre Antwort gefunden: Die drei existierenden AKW werden nachgerüstet, drei weitere sind geplant, und in der Diskussion steht, dass bis 2050 sogar sechs neue AKW notwendig sein könnten, um CO₂-Neutralität zu erreichen.

15. Entsorgung von Atommüll

Das Problem der Endlagerung von „ausgebrannten“ uranhaltigen Brennstäben und radioaktivem Müll ist europaweit ungelöst. Betroffen sind alle europäischen Länder, die Atomkraftwerke betreiben – außer Finnland, wo ein Endlager schon gebaut ist. Insgesamt handelt es sich um rund 100 Reaktoren in 10 Ländern, davon allein 53 in Frankreich.

Die Europäische Richtlinie 2011/70/Euratom schreibt vor, „dass die in einem Mitgliedstaat anfallenden abgebrannten Brennelemente und radioaktiven Abfälle auch auf dessen Hoheitsgebiet sicher und umweltgerecht zu entsorgen sind“. Typisch EU-Kommission: eine juristische Top-down-Bestimmung, die weder auf die unterschiedlichen geologischen Voraussetzungen noch auf den verschiedenen Bedarf der Länder an Endlagern eingeht.

Zur Auswahl stehen drei mögliche Lagergesteine: Ton, Salz und Granit. In Finnland ist bereits ein Endlager im Granit errichtet worden.

Die wirkliche Aufgabe von BASE ist, die Endlagerung für Deutschland zu planen, und die ist gigantisch: die sichere Lagerung von radioaktivem Uran mit einer Halbwertszeit von 23 Millionen Jahren – in Dimensionen also, die weit über die menschliche Zivilisation hinausreichen. BASE schlägt ein Endlagerbergwerk vor, das über Generationen betrieben wird, mit umfangreichen Dokumentationen, Messungen und Überprüfungen. Für die Standortsuche stehen Rücklagen der Betreiber von Atomkraftwerken in Höhe von 25 Milliarden Euro bereit, die wohl nur die Kosten der Vorbereitungen decken.

Ein Szenario von BASE verdeutlicht die Dimension (zusammengefasst nach ChatGPT):

- *Gelände-Erhebungen oder künstliche Landschaften*, die unnatürlich wirken, sodass zukünftige Kulturen den Ort meiden.
- *Monumentale Bauwerke* (Betonstelen, Steinplatten, Pyramiden), die Zehntausende Jahre überdauern könnten.
- *Mehrsprachige Inschriften* mit Piktogrammen und Symbolen (Warnung vor Gefahr, Krankheit, Tod).
- *„Information in redundanten Medien“*: Metallplatten, Keramiken, Mikrofilme, internationale Archive, digitale Speicherung.

Dieses futuristische Szenario ist total theoretisch, aber wäre in einer kleinparzelligen EU absolut unrealisierbar.

Das zeigt, wie komplex die Erstellung eines Endlagers ist – und das allein für Deutschland mit nur eingeschränkt geeigneten Lagergesteinen. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE), operativ unter Aufsicht von BASE, hat eine geologische Karte mit möglichen Gebieten für Endlager vorgelegt. Aber Deutschland hat nicht die geeignete Geologie und den Raum, um das BASE-Szenario zu etablieren. Man muss es für Bürokraten wiederholen: Es ist grotesk, dass jedes Land nach EU-Vorgabe „radioaktive Abfälle auf dessen Hoheitsgebiet entsorgen“ soll – wieder ein klassischer Top-down-Bürokratenunsinn, denn nicht jedes Land verfügt über geeignete Geologie, und die Kosten sind exorbitant.

Eine total andere Lösung für die Endlagerung ist das „Deep Borehole Disposal“ (DBD)-Konzept. ChatGPT erklärt: „Beim DBD werden Bohrungen mit 40–50 cm Durchmesser abgeteuft, typischerweise 3–5 km tief. In den unteren etwa 2 km des Bohrlochs werden die Abfallbehälter eingelagert. Der obere Bereich wird anschließend verfüllt und versiegelt ... Das Konzept wurde u. a. von den USA (Sandia National Laboratories), Schweden und der Schweiz untersucht. Es gilt wissenschaftlich-technisch als vielversprechend, ist aber bislang nirgendwo realisiert, hauptsächlich wegen politischer, rechtlicher und gesellschaftlicher Vorbehalte – weniger wegen technischer Unmöglichkeit.“

Also, hier wäre eine Kapitalaufgabe für die EU-Kommission, sehr geehrte Frau von der Leyen: DBD wäre für Europa mit so vielen Ländern und unterschiedlichen Bedürfnissen das ideale EU-weite

Endlagerkonzept. Sie könnten, nein, müssten in Ihrer EU-Kommission mit 32.000 Beamten ein Team zusammenstellen, das eine so tolle Aufgabe zum Wohl aller Mitgliedsstaaten angehen könnte! Das wäre vernünftiger, als 3 Milliarden Bäume für ca. 20 Milliarden Euro pro Jahr zu pflanzen! Bei ca. 40 Millionen Euro pro Endlagerbohrung könnten mit diesem Budget ca. 500 Bohrungen pro Jahr!! finanziert werden! Diese Zahl zeigt den Irrsinn dieser Baumpflanzidee der Kommissionsbürokraten!! **Verunfft** gegen Bürokratenunsinn!

16. Kernfusion: Die ultimative Energiequelle

Blickt man in die Zukunft, so werden die fossilen Energiequellen Kohle, Öl und Gas enden, und auch die konventionelle Atomkraft wird nur einen Übergang in eine „low carbon“-Welt darstellen. Die Lösung liegt in der Kernfusion – der Energiequelle der Sonne. Sie ist der einzige Weg, das Energieproblem der Welt nachhaltig zu lösen.

Seit Jahren arbeiten verschiedene Forschungsinstitute daran, den Prozess der Kernfusion kontrolliert nutzbar zu machen:

- Das internationale Projekt „International Thermonuclear Experimental Reactor“ (ITER) wird seit 2007 in Südfrankreich entwickelt. Es ist ein gigantisches Projekt mit Beteiligung von sieben Nationen, aber durch seine enorme Bürokratie extrem langsam. Ursprünglich sollte das „First Plasma“, also die erste Plasmazündung, 2025 stattfinden, aber nun wurde bekanntgegeben: „Die korrekte Inbetriebnahme wird zwischen 2024 und 2036 erwartet.“ Unbestritten hat ITER die weltweite Fusionsforschung vorangebracht – doch nach 16 Jahren ist er von neuen Reaktortypen bereits überholt und sollte wie ein überaltertes Kriegsschiff eingemottet werden und als historisches Wissenschaftsmuseum weitergeführt werden.

Hier ist noch eine Auswahl von Projekten in Europa:

- JET (UK, Joint European Torus, 1983–2023) – bis vor kurzem größter Tokamak, hat Rekorde für Fusionsenergie aufgestellt.
- Wendelstein 7-X (Deutschland, Greifswald) – größter Stellarator weltweit, supraleitend, Optimierung auf Dauerbetrieb.
- LMJ (Frankreich, Laser Mégajoule) – europäisches Pendant zum NIF, militärisch und zivil genutzt.

Aber auf der Website der EU-Kommission wird mit Selbstlob über den Fusionsdinosaurier ITER in Südfrankreich mitgeteilt: „Im Rahmen des einzigartigen Projekts ITER soll die größte Fusionsanlage der Geschichte errichtet werden, um zu demonstrieren, dass Kernfusion als Energiequelle der Zukunft wissenschaftlich und technologisch umsetzbar ist.“

Doch statt solcher Eigenbeweihräucherung wäre es viel sinnvoller, wenn Frau von der Leyens EU-Kommission die Entwicklung eines modernen industriellen Prototyps eines Fusionsreaktors für Europa auf der Basis neuer Entwicklungen koordinieren würde. Aus den oben genannten Prototypen könnte der geeignetste ausgesucht und mit einem Teil der 1000 Milliarden aus dem „Green Deal“ entwickelt und gebaut werden. Das wäre ein besserer Beitrag für das Klima als 3 Milliarden Bäume zu pflanzen.

17. Verteidigung

Der Ukraine-Krieg hat deutlich gemacht, dass die Bundesrepublik und auch andere europäische Länder die Verteidigung in den letzten 50 Jahren sträflich vernachlässigt haben. Der Grund: Deutschland und Europa fühlten sich unter dem atomaren Schutzschild der USA sicher.

Jahr für Jahr haben sich Deutschland und andere europäische Nutznießer mit weniger Verteidigungsausgaben als den in der NATO verpflichtend vereinbarten 2 % des Bruttonutzenprodukts durchgemogelt. Die USA hingegen finanzierten mit einem Teil ihres Verteidigungshaushalts von 895 Milliarden Dollar (3,4 % des BIP) diesen Schutzschild – und haben damit Europa verteidigungspolitisch verwöhnt.

Es wäre fair gewesen, wenn die NATO-Mitglieder den jeweiligen Fehlbetrag unter 2 % direkt an die USA überwiesen hätten. Für Deutschland wären das allein 10 Milliarden Euro im Jahr 2024 gewesen, für alle NATO-Mitglieder zusammen etwa 50–60 Milliarden Euro – eine angemessene Entschädigung für das amerikanische Engagement. Diese Schieflage kritisierte bereits Donald Trump in seiner ersten Amtszeit mit der lapidaren Feststellung „NATO is obsolete“ und kündigte nach seiner Wiederwahl an, dass Europa künftig für seine eigene Verteidigung verantwortlich sein müsse. Hier hat der in Deutschland nicht sehr beliebte US-Präsident Donald Trump absolut recht.

Die Bundeswehr ist in diesen Jahren der Verwöhnung kopflastig und wehruntauglich geworden. So stellt der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, fest, dass die Bundeswehr nicht gut genug ausgestattet ist und konstatierte klipp und klar: „Die Bundeswehr stehe mehr oder weniger blank da.“ Die Probleme der Erneuerung sind so komplex, dass sie hier nicht weiter diskutiert werden können. Immerhin hat nun eine Götterdämmerung eingesetzt und der Weckruf kam von Wladimir Putin, der noch zusätzlich zu seinem Krieg in der Ukraine mit Dronen in Polen, Kampffjets über Estland und Gasleitungsbrüchen in der Ostsee systematisch provoziert – ein Drehbuch, das er als KGB-Offizier gelernt hat.

Immerhin wurde der Etat der Bundeswehr für 2024 von 52 Milliarden Euro auf 72 Milliarden Euro erhöht, finanziert aus dem Sondervermögen. Aber 86 Milliarden wären 2% des BIP also es fehlen noch 14 Milliarden Euro, die an unsere Schutzmacht USA überwiesen werden sollten.

Sieht man auf Europa, so ist es grotesk, dass 27 europäische Nationen mit einem BIP von 19,4 Billionen, also 70% des BIP der USA, nicht in der Lage sind, sich selbst zu verteidigen. Ursache ist der fehlende Wille zur Kooperation und die zersplitterte Verteidigungspolitik – ein weiteres Beispiel für die dysfunktionale Großfamilie Europa. Polen hat es uns vorgemacht, sie rüsten auf mit 3,5 % ihres BIP und haben inzwischen mit 50,000 aktiven Soldaten die grösste Armee in der EU! Deutschland 30,000!

Mit den zunehmenden Krisen weltweit ist es nur eine Frage der Zeit, bis die USA erklären, dass sie nicht mehr alle Brandherde löschen können. Sollte China ernst machen mit der Drohung, sich Taiwan einzuverleiben, würden die USA dort ihre Priorität setzen – mit der richtigen Begründung, dass Europa sich selbst verteidigen kann.

Man kann nur hoffen, obwohl dies zynisch ist, dass eine Verschärfung des Konflikts mit Russland – womöglich bei nur begrenzter US-Unterstützung – Europa endlich militärisch zusammenschweißt und zu gemeinsamem Handeln zwingt. Und der Wieder einmal wäre es Wladimir Putin, der Erwecker.

PS: Ganz allgemein fehlt in Deutschland, bedingt durch seine militaristische Vergangenheit, Anerkennung und Respekt gegenüber den Soldat:innen. Die Zeiten habe sich geäöndert und deshalb müssten wir für Deutschland überlegen, ein Äquivalent französischen ‚Jour du Souvenir‘ oder des amerikanischen ‚Veterans Day‘ einzurichten – ein Feiertag, an dem speziell die Bundeswehrsoldat:innen für ihre Risiken und Opfer öffentlich geehrt werden. Dies würde das Ansehen der Soldaten:innen verbessern und junge Menschen würden sich dann vielleicht mehr für den Beruf in der Bundeswehr entscheiden.

18. Eine Gesellschaft der Privilegierten

Die nationalen Fluggesellschaften waren in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg Monopole. Nach dem Vorbild der USA wurde der Markt zwischen 1987 und 1992 dereguliert – mit der Folge, dass die Preise in Europa drastisch niedriger wurden.

Trotz dieses Beispiels bestehen in Deutschlands Serviceindustrie bis heute massive Regulierungen, die den freien Wettbewerb verhindern – und das trotz des ausdrücklichen gesetzlichen Verbots von Wettbewerbsbeschränkungen, festgelegt in GWB § 1:

„Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten.“

Noch klarer wird es in der Definition eines Kartells:

„Wenn mehrere Unternehmen, die eigentlich in Konkurrenz zueinander stehen, dasselbe Produkt verkaufen und sich zum Beispiel darüber absprechen, für wie viel Geld sie dieses Produkt jeweils verkaufen werden, dann nennt man das Kartell ... Dazu zählen sämtliche Absprachen und Vereinbarungen sowie aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die dazu führen, dass der faire Wettbewerb verhindert, eingeschränkt oder verfälscht wird.“

Trotz dieser klaren gesetzlichen Regelungen gibt es in Deutschland für viele alltäglichen Dienstleistungen kartellartige Preisbindungen bei Ärzten, Rechtsanwälten, Notaren, Apotheken, Fahrschulen, Taxis und sogar Bestattungsinstituten.

Eine Deregulierung dieser Dienstleistungen würde allen Bürgern finanzieller Entlastung bringen. Folgende Berufsgruppen sind in Deutschland reguliert:

- 416.120 Ärzte
- 165.186 Rechtsanwälte
- 7.100 Notare
- 13.355 Apotheken
- 10.000 Fahrschulen
- 23.000 Taxiunternehmen (ca. 100.000 Taxis)
- 5.692 Bestattungsunternehmen mit 29.443 Beschäftigten

bestehen strikte Preisregelungen für ihre ‚Gewinndienste‘. Man kann für Ärzte diese Regulierung verstehen, aber für alle anderen Berufsgruppen braucht es wie in angelsächsischen Ländern, voran die USA keine allgemeinen Regulierungen.

Eklatant ist die Regulierung zur Gewinnmaximierung bei vielen nicht-karitativen Berufsgruppen:

Apotheken:

Die Preise für rezeptpflichtige Medikamente sind reguliert. Aber Preisabsprachen bei nicht rezeptpflichtigen Medikamenten wurden bereits vom Bundeskartellamt kritisiert. Die ABDA (Arbeitsgemeinschaft der Berufsvertretungen Deutscher Apotheker) begründet in einer Broschüre die Preisbindung bei verschreibungspflichtigen Medikamenten fast wie eine karitative Organisation:

„Kranke Menschen sind – aus naheliegenden Gründen – zu einem Vergleich von Preisen oft kaum in der Lage. Ein Patient ist kein frei handelnder Nachfrager gemäß der Theorie einer freien Marktwirtschaft. In einem unregulierten System ließe sich nur schwer verhindern, dass Anbieter diese Notlage durch besonders hohe Preise ausnutzen. Bei einheitlichen Apothekenabgabepreisen muss sich dagegen niemand Sorgen machen, übervorteilt zu werden.“

„Ein Patient ist kein frei handelnder Nachfrager? Es gibt wohl keine unverhohlenere Bevormundung erwachsener Bürger. Mit ChatGPT kann man ja heute exzellente Hintergrundanalysen machen und diese ergeben, dass die deutschen Apotheken für die nicht-rezeptpflichtigen Medikamente Ibuprofen, Paracetamol und Aspirin im Vergleich zu online Preisen 55 Millionen Euro zuviel dem Verbraucher aus der Tasche nehmen! Eine grobe, aber belastbare Abschaetzung fuer alle Generica ergibt die stolze Summe von 800 Millionen Euro, ja liebe Bundesbuerger 0,8 Milliarden Euro! In der Tat, der Patient muss ein frei handelnder Nachfrager werden, weil er Generika online bestellen könnte.

Fahrschulen und Taxi.

Die unnötige Beraubung der Bundesbürger geht weiter mit den Fahrschulen: In Deutschland werden pro Jahr rund 780.000 Führerscheine erworben – nach ADAC zu Kosten zwischen 2.500 bis 3.500

Euro. Das summiert sich auf etwa 2-3 Milliarden Euro. Zum Vergleich: In den USA, dem wohl verkehrsreichsten Land der Welt, kostet ein Führerschein gerade einmal 40 Dollar. Die Fahrausbildung kann dort privat mit einem Learner-Zeichen „L“ erfolgen, die Fahrprüfung beim Department of Motor Vehicles kostet etwa 50 Dollar.

Die Folge: Bundesbürger zahlen ohne Not 2-3 Milliarden Euro jährlich an die Lobby der Fahrschulen – ein Paradebeispiel für überflüssige Regulierung.

Taxi: Deutschland hat den am stärksten regulierten Taxi Markt in Europa. Das Personenbeförderungsgesetz (PbefG §§47ff) regelt in sage und schreibe 66 Paragraphen auch das Taxigewerbe. Dort heißt es wohlwollend:

„Durch das Personenbeförderungsgesetz werden nicht nur die Fahrgäste vor zu hohen Preisen, sondern auch die Taxifahrer geschützt.“

Der Bundesgerichtshof wacht über diese Preisbindung – angeblich zum Schutz der Kunden, tatsächlich aber zum Eigengewinn der Taxi-Lobby. Daher keine Fahrdienste wie Uber, Bolt oder Free Now! Ja, liebe Bundesbürger geht mal nach Tallinn in Estland: dort kosten 15 Minuten vom Airport in die Stadt 10-15 Euro im lieben Vaterland sind das 18-22 Euro.

Und während in vielen Ländern Fahrdienste wie Uber längst etabliert sind, wurden sie in Deutschland erst 2025 nach langen gerichtlichen Verfahren zugelassen, aber nur für Fahrer mit Personenbeförderungsschein. Grund für dieses Hinauszögern und Beschränken ist die Macht der Taxiunternehmer-Lobby. Aber dafür, liebe Bundesbürger, dürft ihr euch in Luxuslimousinen Mercedes oder BMW kutschieren lassen – nur für ein kleines Aufgeld von ca. 40, 50, 60 %!

Bestattungsinstitute:

Und der Gewinner in unserer Dienstleistungsgewinnindustrie ist: Das Bestattungsgewerbe! Selbst die Leistungen von 3.200 Bestattungsinstituten sind gesetzlich reguliert: Nach dem Bestattungsgesetz §1968 BGB variieren die Kosten pro Bestattung zwischen 5.000 und 9.000 Euro. Bei rund 1 Million Bestattungen pro Jahr ergibt das einen Umsatz von 3–10 Milliarden Euro. Mehr als Taxis, mehr als alle anderen Dienstleister. Also liebe Bundesbürger, nicht sterben ohne mindestens 10.000 Euro in der Sparkasse.

Ein Blick nach Kalifornien zeigt den Unterschied: Dort gibt es klare Regeln, welche Bestattungsarten erlaubt sind – aber keine staatliche Regulierung der Kosten für Bestattungsleistungen! In Deutschland hingegen gilt: Selbst nach deinem Tod werden deine Angehörigen abgezockt.

All dies sind Beispiele, wie mündige Bürger in Deutschland als Verbraucher jährlich Milliarden Euro durch unnötige Regulierungen verlieren – Gelder, die bei Deregulierung und freiem Wettbewerb für uns marktgerechte Preise ergeben würden.

19. Gesundheitsvorsorge

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hat auf ihrer Website eine Defizituhr, die das laufende Defizit aller Krankenhäuser anzeigt. Am 4.9.2024, 17:50 Uhr, lag das Defizit bei € -11.979.251.646 (12 Milliarden), mit einer Zunahme von € -589.262 pro Stunde.

ChatGPT gibt für heute den 25. Oktober 2025 ein Defizit von 14,823,793, 906 Euro, das sind 14,8 Milliarden, Zunahme pro Tag 7,193,184 Euro.

Die DKG schlägt für eine Krankenhausreform folgende Maßnahmen vor:

1. Regionale Versorgungsnetzwerke der Krankenhäuser

2. Bessere Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze
3. Qualitätssicherungsmaßnahmen
4. Digitalisierung beschleunigen
5. Weniger Bürokratie
6. Integration von stationärer und ambulanter Versorgung

Die Finanzierung der Krankenhäuser in Deutschland ist ein grotesk kompliziertes System: Investitionskosten werden von den *Ländern* getragen, Betriebskosten von den *Krankenkassen*.

„Im Jahr 2022 erhielten die Kliniken aus der Gesetzlichen Krankenversicherung 88,11 Mrd. Euro.“

Ein Blick nach Kalifornien zeigt, wie es besser geht: Dort arbeitet die integrierte Versicherung Kaiser Permanente, entstanden aus der Betriebskrankenkasse des Aluminiumkonzerns Kaiser. Heute ist es eine wirtschaftlich erfolgreiche HMO (Health Maintenance Organization), die 12,2 Millionen Menschen in acht Bundesstaaten und im District of Columbia versichert. Dazu gehören 39 Krankenhäuser und 695 Arztpraxen mit insgesamt 217.415 Angestellten, darunter 22.914 Ärzte.

Der Umsatz im Jahr 2018: 79,7 Milliarden US-Dollar. Ärzte sind gut bezahlte Angestellte und arbeiten nicht nach einer GOÄ. Technologie, Digitalisierung sowie Geräte- und Medikamentenbeschaffung sind zentral organisiert. Patientendaten sind vollständig digitalisiert und über die gesamte Mitgliedschaft abrufbar.

Was für ein Gegensatz zu Deutschland: Dort organisieren städtische Krankenhäuser ihren Betrieb individuell, ohne Vernetzung und ohne flächendeckende Digitalisierung. Ergebnis: höhere Kosten, zusätzlich belastet durch überbezahlte Medikamente und Arzthonorare.

Entsprechend sind die Kosten (5000 Euro/US\$ pro Monat):

Deutschland: 450 Euro nur Arbeitnehmeranteil, also insgesamt ca. 900 Euro.

Kalifornien: 580 \$ allein für den Einzahler, ohne Arbeitgeber.

Aber warum in die Weite schweifen, sieh das Gute liegt so nah: die Schweiz -ja wieder die Schweiz- zeigt uns eine Lösung mit **Vernunft**: die Thurgauer Spitäler, zusammengefasst in der Thurmed-Gruppe erzielten 2024 mit ihren Spitälern einen Jahresgewinn von 27 Millionen Franken. „Während andere Kantone ihre maroden Krankenhäuser mit Finanzspritzen retten müssen, zahlt die Thurmed-Gruppe dem Kanton, in dessen Besitz sie ist, eine Dividende von 5 Millionen Franken aus“ (NZZ 7.10.2025).

Hallo Frau Bundesgesundheitsminister Dittmar: Warum nicht die Thurmed Gruppe mit Ihrem Expertenbeirat in der Schweiz besuchen oder nach Deutschland als Berater einladen, oder Kaiser Permanente nach Deutschland einladen, um defizitäre städtische Krankenhäuser zu übernehmen – und sie, wie in den USA, durch Organisation und Technologie sogar profitabel zu machen?

Profit mit Krankenpflege? Das widerspricht sicher deutscher Ethik – lieber „ethisch“ als billig. Nein: besser effizient und bezahlbar.

20. Altersvorsorge

Deutschland rangiert im Mercer's Global Pension Index auf Platz 19 – während unsere Nachbarn, die Niederlande, den 1. Platz belegen. Zusammen mit Island, Dänemark und Israel bilden sie die Top 4 der Rentensysteme weltweit.

Die deutsche Gesetzliche Rentenversicherung ist dagegen „uralt“ und feierte bereits 2014 ihr 125-jähriges Jubiläum – inklusive einer eigens dafür erstellten Website, prall gefüllt mit Eigenlob („Leistungsstark und anpassungsfähig“). Selbst die damalige Biedermeier-Bundeskanzlerin Angela Merkel hielt eine überschwängliche Festrede.

Die Rentenversicherung, gegründet unter Bismarck, ist seit 125 Jahren strukturell nahezu unverändert geblieben – mit der Ausnahme, dass das Eintrittsalter inzwischen auf 67 Jahre erhöht wurde.

Die Deutsche Rentenversicherung Bund ist eine Behörde mit 25.000 Mitarbeitern (!!) – also rund 2,5 Milliarden Euro Personalkosten pro Jahr. Die DRV ist so unterfinanziert, dass jeder vierte Euro der Steuerzahler in die Rentenversicherung fließt, obwohl der Bund jährlich 90 Milliarden Euro zuschießt.

Ein Arbeitnehmer mit einem Jahresbrutto von 50.000 Euro bekommt nach 40 Arbeitsjahren eine Bruttomonatsrente von ca. 1.600 Euro. Ein Viertel aller deutschen Rentner erhält weniger als 1.000 Euro monatlich, also unterhalb der Armutsgrenze von 1.250 Euro. Für eine Verbesserung müssten die Beiträge massiv steigen – eine doppelte Ungerechtigkeit für die Einzahler (vgl. René Höltschi, NZZ, 30.5.2024).

Besonders krass zeigt sich die Ungleichheit im Vergleich zwischen Rentnern und Beamten: Während die Durchschnittsnettorente bei 1.384 Euro liegt, beziehen 1,7 Millionen Beamte im Schnitt eine Pension von 2.063 Euro (Bildzeitung, 13.2.2024). Davon erhalten 9 % über 4.000 Euro, 15 % zwischen 3.000 und 4.000 Euro, 48 % zwischen 2.000 und 3.000 Euro und nur 27 % unter 2.000 Euro.

Die Haushaltspositionen für die Beamtenversorgung sind von 43 Milliarden Euro (2002) auf 80 Milliarden Euro (2022) gestiegen – also um 2 Milliarden Euro pro Jahr! Das sind rund 3 Milliarden Euro zu viel, weil viele Beamte eigentlich gar keine Beamten sein dürften.

Der Beamtenstatus muss auf Berufsgruppen beschränkt bleiben, die ein besonderes Treueverhältnis erfordern, also dort, wo hoheitsrechtliche Befugnisse ausgeübt werden. So festgelegt im „Beamtenstatusgesetz (BeamStG)“:

„Beamtinnen und Beamte stehen zu ihrem Dienstherrn in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis (Beamtenverhältnis).“

Die Berufung ins Beamtenverhältnis ist nur zulässig für:

1. hoheitsrechtliche Aufgaben oder
2. Aufgaben, die aus Gründen der Staatssicherheit oder des öffentlichen Lebens nicht ausschließlich privatrechtlich übertragen werden dürfen.

Das betrifft also Richter, Polizisten unter dem BeamVG und Soldaten unter dem SVG also (ca. 1,9 Millionen) – nicht aber rund 22.500 technische Angestellte und Wissenschaftler:innen in den über 30 Bundesforschungsanstalten, mit je 500–1.000 Mitarbeitern, die den Bund ca. 3 Milliarden Euro jährlich kosten. Über ein Arbeitsleben von rund 40 Jahren summieren sich diese Kosten auf 100 Milliarden Euro. In dieser Schätzung sind die Beamten der Länder und Städte noch nicht einmal enthalten.

21. Reform des Rentensystems

Das deutsche Rentensystem kämpft mit zu wenig Beitragszahlern, zu langen Rentenzeiten und zu geringen Rücklagen (ChatGPT). Eine fundamentale Änderung der Altersvorsorge in Deutschland muss sein,

- eine kapitalgestützte Rente einzuführen. Das bedeutet: mündige Bürger entscheiden selbst, wie ein Teil ihrer Einzahlungen investiert wird.
- Lebensarbeitszeitverlängerung

In den USA werden die Pensionsbeiträge von Universitäten in private Investmentfonds investiert. Ebenso werden die Social-Security-Beiträge der Angestellten zinsbringend in „Special Treasury Bonds“ angelegt.

Auch in Chile besteht seit 1920 eine Rentenversicherung, die 1980 in ein vorbildliches kapitalgestütztes Rentensystem umgestellt wurde. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind verpflichtet, 13 % des Einkommens in spezielle Rentenfonds einzuzahlen, die am Kapitalmarkt investieren.

In Deutschland hat sich der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börse, Dr. Theodor Weimer, bereits sehr kritisch geäußert:

„Wir müssen rasch mindestens 300 Milliarden Euro in einen Kapitalstock für eine Aktienrente investieren!“ (NZZ, 9.5.2023).

Ein solcher „Aktientopf“ sei nötig, um die Renten nachhaltig zu stützen.

Zum Vergleich: Das gesamte Sondervermögen Bund im Haushalt 2025 beträgt 212 Milliarden Euro – woher also die 300 Milliarden nehmen?

Vermutlich angeregt durch Weimers Kritik hat das Bundeskabinett nun beschlossen, eine Aktienrente einzuführen – allerdings unter dem freundlich klingenden Namen „Generationenkapital“. Identisch im Prinzip mit Weimers Kapitalstock, soll es helfen, die aktuellen Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung von 81 Milliarden Euro (17 % des Bundeshaushalts) zu reduzieren.

Doch von Weimer's geforderten 300 Milliarden Euro ist im Kabinettsentwurf nichts zu lesen:

„2024 sollen es zunächst zwölf Milliarden Euro sein, bis 2028 soll der Betrag schrittweise weiter ansteigen.“

Verglichen mit Weimer's Schätzung ist das eine Missachtung der Pflicht des Bundes gegenüber den Rentenempfängern.

Wie kann es sein, dass deutsche Regierungen seit 30 Jahren die Altersvorsorge so sträflich vernachlässigt haben – während Länder wie Chile und die Niederlande längst gezeigt haben, wie es funktionieren kann?

Wie schon bei der Digitalisierung stellt sich die Frage: Warum arbeitet Deutschland nicht enger mit seinen europäischen Freunden – etwa den Niederlanden – zusammen und übernimmt funktionierende Modelle? Oder lernt von Indien, wo die Verwaltung der Renten bereits voll digitalisiert ist?

22. Bildungspolitik

Deutschland glänzt mit einer massiven Bildungsbürokratie, besser: Bildungskontrollbürokratie, mit ca. 4.000 Angestellten in allen Kultusministerien.

Die Dachorganisation ist die Kultusministerkonferenz (KMK) der Kultusminister aller 16 Bundesländer – eine noble Organisation mit exquisiter Website www.kmk.org, die wie ein Unternehmen wirkt: mit Pressesprecher und Pressekonferenzen, für die allein 3 Mitarbeiter für „Konferenz- und Präsidiumsangelegenheiten“ notwendig sind. Dazu gibt es ein Sekretariat der KMK mit 55 Mitarbeitern!! in 6 Abteilungen, geleitet von Oberschulräten. In Abteilung VI etwa sind 6 von 10 Referaten mit der „Begutachtung, Zeugnisbewertung und Anerkennung ausländischer Bildungsnachweise“ für verschiedene Ländergruppen beschäftigt.

Natürlich berät die Kultusministerkonferenz eine hochkarätige „Ständige Wissenschaftliche Kommission“ (SWK). Diese hat 15 Mitglieder, allesamt Professor:innen, deren Expertisen man in ihren Titeln ablesen kann (bitte Luft holen): Schulpädagogik, Mathematik, Didaktik, Wirtschaftspädagogik, Schulentwicklungsforschung, Frühkindliche Bildung und Erziehung, Sprache und ihre Didaktik, Wissenschaftskonstruktion, Mikrosoziologie, schulische Inklusion und sonderpädagogische Professionalität, Mathematikdidaktik, Berufsbildungsforschung u. v. a.

Na bitte, hier sind wirklich alle erdenklichen Bereiche der Bildung, sogar Mikrosoziologie, in dieser Kommission vertreten. Die SWK gibt Empfehlungen und sogar „Impulspapiere“ an die Kultusministerkonferenz, die das gesamte Spektrum von Bildung und Wissenschaft abdecken. Unter dem Titel jeder Studie sind stets alle 16 Professor:innen mit ihren Titeln aufgelistet, obwohl vermutlich nur ein kleiner Teil tatsächlich Autor:in ist.

Ein Beispiel: das Gutachten „Basale Kompetenzen vermitteln – Bildungschancen sichern. Perspektiven für die Grundschule“. Ergebnis: 20 Empfehlungen.

- Empfehlung 1: *„Stärkere Ausrichtung der Angebote für Aus- und Fortbildung pädagogischer Fachkräfte auf evidenzbasierte Ansätze der Förderung sprachlicher, mathematischer und sozial-emotionaler Kompetenzen.“*
> Aber was sind bitte „evidenzbasierte Ansätze“?
- Empfehlung 3: *„Implementation einer frühen (im Alter von 3–4 Jahren), flächendeckenden Diagnostik zur Identifikation eines über die alltagsintegrierte Förderung hinausgehenden zusätzlichen Förderbedarfs und verbindliche Förderung bei identifiziertem Bedarf.“*
> Kinder im Alter von 3-4 Jahren flächendeckend erfassen??
- Empfehlung 6: *„Evaluationen im Sinne von Wirkungsanalysen, die auf einer klaren Definition und Operationalisierung von Zielen, einem Monitoring auf der Basis aussagekräftiger Indikatoren sowie auf der Nutzung methodischer Verfahren beruhen, sind im Bildungsbereich in Deutschland sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene kaum etabliert.“*

Da muss man doch alle 16 Professor:innen fragen: Was heißt Evaluation, Implementation, Operationalisierung oder Monitoring eigentlich auf Deutsch? In jedem Schüleraufsatz gäbe es dafür ein „ungenügend“. Formulierungen wie diese sind abgehoben, unverständlich und praxisfern – und konkrete Umsetzungen sind nicht erkennbar.

Das ist deutsche Bildungspolitik aus dem „Elfenbeinturm“! (Elfenbeinturm? „Eine selbst gewählte Isolation des Künstlers, Wissenschaftlers o. Ä., der in seiner eigenen Welt lebt, ohne sich um Gesellschaft und Tagesprobleme zu kümmern“, Oxford Languages).

Alles wäre ja gut, wenn dieser massive Bildungsbürokratie-Kontrollwahn wenigstens gute Schülerleistungen im internationalen Vergleich bringen würde. Doch das Gegenteil ist der Fall: Bei der PISA-Studie 2022 liegt Deutschland in allen drei Disziplinen – Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften – nur auf Platz 7 von 13 europäischen Staaten, knapp am OECD-Durchschnitt. Länder wie Kanada, die Schweiz und natürlich die Spitzenreiter Singapur, Japan und Korea schneiden deutlich besser ab.

Die heutigen Probleme der Schulbildung in Deutschland sind Lehrermangel!!! Aber dann vor allem die Eingliederung von Flüchtlingskindern ohne gute Sprachkenntnisse (vielen Dank Angela).

- Eingliederung von Flüchtlingskindern: für Flüchtlingskinder müssten eigene separate Klassen eingerichtet werden, in denen Deutsch und Disziplin gepaukt werden, bis sie in den regulären Schulbetrieb eingegliedert werden können. Leicht gesagt, bei dem akuten Mangel an Lehrkräften. Wie wäre es, wenn man Freiwillige „Bildungsbürger“ einladen würde? Oder befähigte junge Frauen und Männer statt zur Bundeswehr ersatzweise zum Schuldienst einziehen würde? „Think outside the box!!“
- Mangel an Lehrern: Man könnte der Schulbürokratie eine Lehrer GmbH eingliedern, die auf dem Arbeitsmarkt im Wettbewerb steht – und dabei feststellt, dass sie nicht genug Angestellte findet. Durchschnittsgehälter p. a. in Deutschland: Akademiker 57.500 €, Grundschule (A12) 58.164 €, Gymnasium (A13) 64.489 €, jeweils ohne Beamten-Zusatzleistungen wie Beihilfe oder Familienzuschlag. Obwohl die Gehälter der Lehrer also ungefähr auf dem Niveau anderer Akademiker liegen, müssten sie erhöht werden, um gute und nicht nur mittelmäßige Lehrer zu gewinnen. Und das ist berechtigt, weil Lehrer etwas grundlegend Wichtiges für die Gesellschaft leisten.

Hier in Deutschland ist das Lehramtsstudium lang und kompliziert. Es folgt dem Bachelor-Master-Modell: Der Bachelor of Education (B.Ed.) dauert 6 Semester und wird als Berufsqualifikation für außerschulische Stellen anerkannt. Für das Lehramt ist zusätzlich die erste Staatsprüfung notwendig. Begleitende Praktika sind Teil des Studiums. Für Grundschul- und Mittelschullehrer dauert das Studium 7 Semester, für Gymnasiallehrer 9 Semester – danach folgen zwei Jahre Vorbereitungsdienst.

Das sind alte Strukturen, die heute nicht mehr zeitgemäß sind. Sie bestehen nur, weil es immer so war (wie die Tagesschau im Fernsehen). Wach auf, KMK – das muss geändert werden!

Man könnte z. B. überlegen, ob die Ausbildung der Lehrer grundsätzlich vereinfacht werden kann. Als Außenstehender mit Blick von außen wäre eine Variante: 6 Semester Pädagogik und Fachausbildung, kombiniert mit mehr praktischer Ausbildung direkt an Schulen. Hier könnte ein neues Mentorensystem eingeführt werden, in dem erfahrene Lehrkräfte die neuen Junglehrer begleiten und ihr Wissen praxisnah weitergeben. Genau so geschieht es in der Industrie: „Learning by doing“ – praxisnaher und effektiver als ein überlanges Studium.

Obwohl wir in Deutschland diese massive Top-Down-Bildungskontrollbürokratie haben, sind unsere Schüler im internationalen Vergleich doch nur Mittelklasse. Also muss etwas geändert werden. Hier zwei Ideen des ‚Nichtfachmanns mit dem Blick von außen‘:

Bottom-Up statt Top-Down:

Als eine Maßnahme der stärkeren Einbindung der Lehrer in die Bildungspolitik könnten die oft realitätsfernen Top-Down-Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission in eine Bottom-Up-Struktur umgewandelt werden – etwa durch die Einrichtung einer „Ständigen Lehrerkonferenz“ in allen Bundesländern. Diese Konferenzen würden Empfehlungen an die Kultusminister ihrer Länder geben, die dann in der Kultusministerkonferenz diskutiert werden.

Das Ergebnis wären mit hoher Wahrscheinlichkeit wertvolle Vorschläge aus der Praxis. So könnten z. B. konkrete Lösungen für den Lehrermangel entwickelt werden. Ebenso, dass Kinder mit Migrationshintergrund nach der Einschulung zunächst in separaten Klassen mit intensivem Deutschunterricht gefördert werden und sie erst danach in die regulären Klassen integrieren.

Darüber hinaus könnten Lehrerkonferenzen beschließen, die Schulsysteme führender PISA-Nationen wie Singapur, Japan oder Südkorea direkt vor Ort zu studieren und Elemente daraus für Deutschland zu übernehmen. In Singapur etwa werden Kinder bereits im Kindergartenalter spielerisch an schulische Kenntnisse herangeführt und kommen so vorbereitet in die Grundschule. Die vermittelten und abgefragten Inhalte gehen dort weit über die klassischen PISA-Disziplinen Rechtschreiben, Mathematik und Naturwissenschaften hinaus. Die Übungen reichen von Pre-Kindergarten über Kindergarten bis hin zu 12 Schuljahren und fordern stets Problemlösungsfähigkeiten. Besonders interessant: Das gesamte Prüfungsprogramm ist auf einer digitalen Plattform abrufbar, sodass neugierige Schüler sich schon auf kommende Klassen spielerisch vorbereiten können.

Das ist gute Pädagogik, von der Deutschland viel übernehmen könnte.

Selbstverwaltung der Schulen?

Man könnte auch – wenn auch ein absolutes Sakrileg in der deutschen Schulüberwachungsbürokratie – darüber nachdenken, den Schulen nach kalifornischem Vorbild mehr Selbstverwaltung zu erlauben. Dort sind die Schulen in jedem School District unabhängig und werden, ganz bottom-up, wie kleine regionale Bildungsunternehmen geführt: „School districts typically are overseen by elected boards of trustees“ – also von lokal gewählten Persönlichkeiten. Jede Schule hat ein individuell gestaltetes Curriculum und kann eigene Regeln und Ausbildungsziele festlegen.

Das „Ranking“ der Schulen erfolgt landesweit über standardisierte Tests in Englisch, Mathematik, Naturwissenschaften und über Abschlussprüfungen. Ein Effekt dieser Qualitätsmessung ist, dass Familien gezielt in gute School Districts ziehen, damit ihre Kinder eine hochwertige Ausbildung erhalten. Die Kommunen profitieren dabei von einem höheren Steueraufkommen durch zuziehende, meist wohlhabendere Familien – also tun sie alles, um ihre Schulen aktiv zu fördern. Das ist ein „circulus virtuosus“, aber gleichzeitig auch sozial ungerecht.

Also: keine nationale Kultusministerkonferenz, kein überkandidelter Wissenschaftlicher Beirat – ganz ohne Kultusminister. Wieder ein Beispiel für Tip O’Neills „All politics is local“ – und wie Bottom-Up

lokal nicht nur besser, sondern auch um Milliarden billiger funktionieren könnte. Aber, aber: wishful thinking!

23. Forschung

Der derzeitige Status der deutschen Forschung ist im EconStor-Bericht des Leibniz-Instituts für Wirtschaft sehr ausführlich beschrieben – und durchweg positiv:

„Gemessen am OECD-Durchschnitt zählt Deutschland zu den Ländern mit der höchsten F&E-Intensität.“

Im Gegensatz dazu äußerten der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Professor Winnaker, und der Wissenschaftsrat deutliche Kritik an den über 30 Bundesforschungsanstalten mit rund 22.500 Angestellten und Wissenschaftler:innen, die mehr verwalten als forschen (siehe oben).

Exzellente Einrichtungen in der Forschung sind dagegen die Max-Planck-Institute (MPI). Ein glänzendes Beispiel ist das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, das mit der Experimentieranlage Wendelstein 7-X die erste „Kraftwerkstauglichkeit von Fusionsanlagen des Typs Stellarator demonstrieren wird“.

24. Kirche und Staat

Bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 war Deutschland noch ein christlich geprägter Staat: Rund 70 % der Bevölkerung waren bekennende Christen. Entsprechend lautet die Präambel des Grundgesetzes:

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“

Heute sind weniger als 45 % der Bevölkerung Mitglieder einer der beiden großen christlichen Kirchen. In einer Volksabstimmung mit der Frage „Würden Sie die Trennung von Kirche und Staat befürworten?“ würde diese vermutlich mehrheitlich bejaht. Damit dürfte der Staat weder Kirchensteuer einziehen noch kirchliche Aktivitäten finanziell unterstützen.

Das bestehende Konkordat mit der katholischen Kirche müsste gekündigt werden. Ebenso müsste Artikel 7 Grundgesetz („Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach“) gestrichen werden. Religionslehrer müssten dann allgemeine Fächer wie Ethik oder Philosophie unterrichten oder entlassen werden.

Kirchentage dürften nicht mehr von Austragungsstädten mit Millionenbeträgen unterstützt werden, und christliche Symbole müssten aus Schulen und öffentlichen Einrichtungen entfernt werden. Religiöse Gemeinden müssten sich – wie in den meisten Ländern, etwa Frankreich oder den USA – ausschließlich aus den Beiträgen ihrer Gläubigen finanzieren. Auch die Verquickung von kirchlichen und politischen Ämtern dürfte nicht erlaubt sein.

Diese Veränderungen würden die Realität widerspiegeln, dass Deutschland heute ein überwiegend säkularer Staat ist, in dem die Prinzipien des Humanismus das Zusammenleben prägen sollten:

„Respekt vor der Würde des Menschen, seiner Persönlichkeit und seinem Leben, Toleranz sowie Gewissens- und Gewaltfreiheit.“

Das noch gültige Reichskonkordat von 1933 wurde von der damaligen Nazi-Regierung in Rom unterzeichnet („Seine Heiligkeit Papst Pius XI. und der Deutsche Reichspräsident“). Darin wurde u. a. festgelegt, dass der Staat weiterhin die Kirchensteuer für die katholische Kirche einzieht.

Dieser staatliche Steuereinzug für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ist eine deutsche Besonderheit. Er ist durch Artikel 140 Grundgesetz legitimiert und detailliert geregelt. Die Summen sind enorm: Im Jahr 2022 erhielt die katholische Kirche 6,8 Milliarden Euro, die evangelische Kirche 6,2 Milliarden Euro. Das sind 13 Milliarden Euro!! Nochmal 13 Milliarden!! Zum Vergleich: Der Plan

der Europäischen Kommission, 3 Milliarden Bäume in Europa zur Umweltverbesserung zu pflanzen, hat ein Budget von 6–15 Milliarden Euro! Hier könnte die katholische Kirche etwas Gutes für die Welt tun, statt Pomp und Protz zu finanzieren.

Ja, liebe Bundesbürger, man muss diese Zahlen schwarz auf weiß sehen, um zur Erkenntnis zu kommen: Das Grundgesetz muss geändert werden – die Kirchen sollen sich von ihren gläubigen Mitgliedern direkt finanzieren lassen, und der Staat dürfte sich nicht als Kollekteinstitution missbrauchen lassen.

Trotzdem hält die CDU bis heute an christlichen Prinzipien in ihrem Programm fest. Im Selbstlob heißt es:

„Allein die Union aber bekannte sich als Weltanschauungspartei expressis verbis auch im politischen Leben zum christlichen Menschenbild und zu den moralischen und rechtlichen Grundsätzen, die vom Naturrecht, von der christlichen Ethik und von der abendländischen Kultur her bestimmt werden.“

Auch die CSU betonte in ihrem Gründungsaufwurf vom 25. November 1945 den „Grundgedanken christlicher Kultur und des christlichen Sittengesetzes“.

Das ist die „Kirchenrepublik Deutschland“, glänzend beschrieben im Buch von Carsten Frerk („Christlicher Lobbyismus, eine Annäherung“), das die Rolle der politischen und wirtschaftlichen Akteure in der engen Verflechtung von Kirche und Staat untersucht.

Dies, obwohl in Deutschland seit der Weimarer Republik offiziell eine Trennung von Kirche und Staat gilt, nimmt kaum jemand Anstoß daran, dass allein Bayern im Jahr 2022 über 100 Millionen Euro an die katholische und evangelische Kirche gezahlt hat. Ebenso wird jeder Kirchentag von den Austragungsstädten mit Millionenbeträgen unterstützt. Das Ergebnis: eine fast nahtlose finanzielle Verflechtung von Kirche und Staat.

Moral ohne christliche Ethik?

Die Ethik der Humanisten sagt:

„Der Mensch ist ein beziehungsorientiertes, freiheits- und entscheidungsfähiges, verantwortungsvolles, bildsames und nach persönlicher Entfaltung strebendes Wesen.“

Die Giordano-Bruno-Stiftung engagiert sich seit langem für die Trennung von Kirche und Staat. Diese Trennung, auch „Laizismus“ genannt, besteht seit jeher in Frankreich und den USA – und selbst Indien ist ein laizistischer Staat.

In den USA gibt es großartig erfolgreiche Kirchen in Los Angeles und Houston, die allein durch die Beiträge ihrer Mitglieder finanziert werden. In Los Angeles gründete der Fernsehprediger Robert A. Schuller die „Crystal Cathedral Ministries“ – mit einem spektakulären Kirchengebäude, dessen metalener Turm die christliche Botschaft symbolisch „im ganzen Land“ verkündet.

Die Woodlands Church nördlich von Houston, in den 1970er-Jahren von einem Pastoren-Ehepaar gegründet, hat heute 18.000 aktive Mitglieder. Zu den Gottesdiensten müssen die Besucher – wie in Disneyland – auf riesige Parkplätze eingewiesen werden. Die Kirche ist inzwischen in einem großen Park angesiedelt und am Sonntag ein Treffpunkt für Familien ‚aus dem ganzen Land‘.

Es gibt wohl keine besseren Beispiele für erfolgreiche lokale Bottom-Up-Initiativen.

25. Sozialstaat

Deutschland ist ein Staat mit exorbitanten Sozialleistungen: Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kindergeld, Wohngeld, BAföG, Grundsicherung für Arbeitssuchende, bisher Bürgergeld, Rentenversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Erziehungsgeld.

Eine Familie mit zwei Kindern erhält inzwischen 2.579 Euro pro Monat Bürgergeld (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, www.bmas.de) – und muss mit den erlaubten (und nicht erlaubten) Nebenverdiensten nicht zwingend mehr Arbeit suchen. Um den Anspruch auf Bürgergeld zu beantragen, stehen sogar Rechtsanwälte bereit.

Dieses Bürgergeld ist wieder ein klassisches Beispiel einer „Top-Down“-Bürokratie: ein Gesetzeskonvolut, das alle nur denkbaren Bedingungen für die Anerkennung als Empfänger regelt. 2024 kostete es den Steuerzahler 47 Milliarden Euro!! Davon allein 5 Milliarden Euro Verwaltungskosten.

Was für ein Wahnsinn!

Es soll hier nur skizziert werden, wie eine „Bottom-Up“-Lösung aussehen könnte, um Immigranten nicht zu Almosenempfängern zu machen, sondern zu selbstständigen, mündigen Bürgern, die für ihr Weiterkommen Initiative aufbringen und hart arbeiten müssen.

Grundsatz: Keine Förderung ohne nachweisbare Bemühungen, einen Arbeitsplatz zu finden.

Das Arbeitsamt richtet eine spezielle Job-Website ein, auf der offene Stellen gefunden und vermittelt werden können. Firmen, die einen Bürgergeldberechtigten einstellen, müssen für ein Jahr keinen Gehalt bezahlen.

Parallel dazu können bundesweit die bestehenden Einrichtungen zur Berufsausbildung auf diese Bevölkerungsgruppe erweitert werden. Alle Bürgergeldberechtigten, die nachweislich eine Ausbildung absolvieren, können für eine begrenzte Zeit weiter Bürgergeld beziehen.

Bedingung: Nachweise über Prüfungen – vor allem im Sprachunterricht. Ohne diese Nachweise gilt: „0 Euro Bürgergeld!“

Das würde die Bürokratie zwar nicht verringern, aber jeder abgewiesene oder erfolgreich berufstätige Bürger würde den Staat mindestens 30.000 Euro pro Jahr weniger kosten – und zusätzlich Steuern einbringen.

So würden Bürger nicht zu Almosenempfängern gemacht, sondern zu Menschen, die Verantwortung für sich selbst übernehmen.

26. Europäische Kommission

Die Kommission mit 32.000 Angestellten, ungewählten Bürokraten, wird seit Dezember 2019 von der zähen Karrierepolitikerin Ursula von der Leyen geleitet – die nun für weitere fünf Jahre mit der Protektion von ihrem Mentor, Emmanuel Macron, vom EU-Parlament ‚intronisiert‘ wurde.

In ihrer Top-Down-Kontrollwut überflutet die Kommission den ganzen Kontinent mit Vorschriften und hat sich „Priorities“ für 2019–2024 gegeben:

1. *Ein europäischer Grüner Deal*
2. *Gerechtigkeit in den Fokus*
3. *Eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht*
4. *Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist*
5. *Schützen, was Europa ausmacht*
6. *Ein stärkeres Europa in der Welt*
7. *Neuer Schwung für die Demokratie in Europa*

Alles schöne, blumige Beschreibungen – unter denen man sich nichts Konkretes vorstellen kann. Was bitte heißt „Gerechtigkeit in den Fokus“? Oder „Eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht“? Das ist nichts anderes als: „Kommunikation, die in erster Linie dazu dient, ein Publikum zu beeinflussen“ – und das entspricht exakt der Definition von Propaganda.

Dann sehen wir uns an, was die Kommission unter ihrer Mission „Schützen, was Europa ausmacht“ versteht:

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) Nr. 973/2013 DER KOMMISSION vom 10. Oktober 2013 zur Genehmigung einer geringfügigen Änderung der Spezifikation einer im Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben eingetragenen Bezeichnung (Nürnberger Bratwürste/Nürnberger Rostbratwürste (g.g.A.)), gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (1), insbesondere auf Artikel 53 Absatz 2 Unterabsatz 2, in Erwägung nachstehender Gründe: Gemäß Artikel 53 Absatz 1 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 hat die Kommission den Antrag Deutschlands auf Genehmigung einer Änderung der Spezifikation der geschützten geografischen Angabe „Nürnberger Bratwürste“/„Nürnberger Rostbratwürste“ geprüft, die mit der Verordnung (EG) Nr. 1257/2003 der Kommission eingetragen worden ist.

Was für ein Wahnsinn! Man kann sich kaum vorstellen, wie in Brüssel hochbezahlte Bürokraten in Sitzungen so einen Krampf formulieren können.

Man stelle sich nur die Kette der Ereignisse vor:

1. Die Kommission erlässt 2012 eine Verordnung über „Nürnberger Bratwürste/Nürnberger Rostbratwürste“.
2. In Nürnberg formuliert die Industrie- und Handelskammer einen Protest gegen diese Verordnung und schickt ihn nach Berlin ins Wirtschaftsministerium.
3. In Berlin basteln Beamte daraus eine Petition, die an die Kommission weitergereicht wird.
4. Dort prüfen wiederum Beamte die Petition – lehnen sie zunächst ab, genehmigen sie dann aber in zweiter Instanz nach „geringfügigen Änderungen“.
5. Das Wirtschaftsministerium in Berlin benachrichtigt die Handelskammer in Nürnberg.

Der ganze Prozess hat zwei Jahre gedauert! Vermutlich rund 20.000 Beamtenstunden je 250 Euro, also fünf Millionen Euro – im Gegenwert von 500.000 Nürnberger Rostbratwürsten!!

Die Lösung dieser hochwichtigen Problematik könnte so aussehen: Die Nürnberger Metzgerinnung stellt bei der Kommission folgenden Forschungsantrag:

„Entwicklung eines geschützten Rezepts für ‚Brüsseler Würste‘ mit einer Sondervariante ‚Brüsseler Kommissionswürste‘. Erste Auflage 32.000 Stück“ – damit jeder Bürokrat auch eine bekommt.“

Die Kommission infantilisiert die Bürger in ihrer lehrerhaften Manier:

„The future of Europe: what do you imagine it will look like?
Close your eyes. Think of a topic that is important to you and imagine that you are in 2040. What would that future look like? By 2040, we will have succeeded in making society completely fossil-free.“

Versprechungen ohne jeden Nachweis durch Daten – pure Propaganda! Und wenn man die Aktionen des „Green Deal“ dazu nimmt, grenzt es schon an bewusste Irreführung der Bürger.

Dazu kommt die groß angekündigte „Next Generation EU“, modisch als NextGenEU betitelt, prall gefüllt mit Selbstlob:

„Wir haben klare Vorstellungen, einen Plan und die Abmachung 806,9 Mrd. EUR zu investieren. Die EU will Europa gesünder, grüner und digitaler machen. Auch du kannst einen Beitrag dazu leisten.“

... ja, liebe Tante Ursula!

Und als weiteres Mammut-Programm erfindet die Kommission die „*Digitalisierung der Landwirtschaft*“ (Titel: „*Digital Transition: Long-Term Implications for EU Farmers and Rural Communities*“).

Diese Geburt – besser Missgeburt – der Kommission beginnt schon ganz im Stil des Beirats der Kultusministerkonferenz:

„The tailored foresight methodology provided support for further development of the common agricultural policy in terms of anticipatory governance, vision, strategy and policy development, while connecting the dots with relevant EU strategies and programmes.“

Abgehoben wie bei der SWK! Was soll das heißen für uns Bürger „*the common man*“? Was ist bitte „*anticipatory governance*“?

Noch unverständlicher:

„In terms of transformational resilience, when absorptive or adaptive capacities are not enough, more significant changes are necessary to transform the system itself.“

Was für ein hochnäsiger, arroganter, abgehobener Unsinn von Bürokraten! Wo doch die Kommission das beste Objekt dafür, dass es unmöglich ist, „*to transform the system itself*“!

Die Kommission ist natürlich stolz auf ihre neuesten Technologien. Einige Zitate aus dem „Agri Star Wars Team“:

„Renewable energy, precision farming technologies, blockchain, AI and Internet of Things have become commonplace and enabled farmers to optimize resource use, enhance crop productivity, reduce input usage, and increase yields. Primary producers have reclaimed their power from retail, leading to shorter and local supply chains.“

Wahnsinn! Und dann das Katastrophenszenario, wenn Elon Musk seine Satelliten abschaltet:

„The technological disruption due to the satellite failure severely hampered the ability of technologically advanced farms to optimize irrigation, plan planting schedules and detect crop diseases or pests.“

Und am Ende landen wir bei Astronautennahrung:

„Agri-tech start-ups play a huge role in circularity and zero waste/zero pollution solutions. There is a diversity of models and structures, adapted to local circumstances. This shift also results in less livestock, as alternative protein sources gain traction, reducing the environmental footprint associated with intensive animal farming.“

Und das alles für die kleinparzellige Landwirtschaft in Mitteleuropa? Wo sich Weinberge, Kartoffel-, Gemüse- und Weizenfelder auf Sichtweite abwechseln? Oder in Griechenland, mit Landwirtschaft auf steinigem, hügeligem Gelände? Oder in Italien – Reisfelder in der Po-Ebene, Olivenhaine entlang des Tyrrhenischen Meeres, Weinbau wie ein Flickenteppich über das ganze Land verteilt?

Das ist nichts anderes als der Kommissions-Elfenbeinturm!

Fazit: Wenn man diese superbürokratischen Exzesse liest, bleibt nur eine Schlussfolgerung: *Die Kommission hat tausende von Angestellten zu viel. Tausende!*

27. Klimapolitik in Deutschland und Europa

„Deutschland steht weltweit für weniger als 2 Prozent des CO₂-Ausstoßes. Wenn wir das mit hohem Einsatz halbieren, reduzieren wir den weltweiten Ausstoß um einen Prozentpunkt“

So die lapidare Feststellung von Joe Kaeser, Aufsichtsratsvorsitzender von Siemens Energy (SZ, 9.11.2023).

Mit dieser simplen und klaren Einsicht muss man mit **Vernunft** akzeptieren: Deutschland kann durch eigene nationale Bemühungen die weltweite CO₂-Reduktion nicht signifikant beeinflussen – am allerwenigsten mit dem sogenannten Gebäudeenergiegesetz (s. o.), einem quantitativ lächerlichen Programm, das von einem Heer von Bürokraten entworfen wurde, noch mehr Bürokratie erzeugt – und effektiv überhaupt nichts bringt.

Der Europäische Emissionshandel (EU-ETS) wurde 2005 eingeführt und ist das zentrale Instrument der Europäischen Union zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Er beruht auf dem Prinzip des „Cap and Trade“ und schreibt den beteiligten Kraftwerken und Industrieanlagen vor, für ihre CO₂-Emissionen Zertifikate abzugeben, die einen Preis haben.

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/der-europaeische-emissionshandel#vergleich-von-emissionen-und-emissionsobergrenzen-cap-im-stationaren-eu-ets-1>

Allein die jährliche Minderung im ETS (durch Cap-Reduktion) liegt bei ca. 50–70 Mio. t CO₂ pro Jahr, also 5–7 Mal so viel wie alle 3 Milliarden Bäume. Dieser Emissionshandel ist international vorbildlich und hat nun in anderen Ländern ähnliche Mechanismen zur CO₂-Reduktion angeregt.

Aber unsere Oberbürokratin, Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission, preist dagegen lehrerhaft und fast arrogant die Errungenschaften ihrer 32.000 starken Truppe:

„By showing the rest of the world how to be sustainable and competitive, we can convince other countries to move with us.“

Jedoch ist die Klimapolitik der EU-Kommission ein Paradebeispiel für Kontrollwut – manifestiert in gleich sieben „Directives“:

1. *The Renewable Energy Directive*
2. *The Energy Efficiency Directive*
3. *The Emissions Trading System*
4. *The Effort Sharing Regulation*
5. *The Land Use, Land Use Change and Forestry Regulation*
6. *The Energy Performance of Buildings Directive*
7. *The Energy Taxation Directive*

Was für ein Bürokraten-Irrsinn!

Dann sehen wir mal, was Europa dem „*rest of the world*“ vormacht: The European Green Deal – European Commission ([europa.eu](https://european-council.europa.eu/media/1000000/attachment/data/1000000/1000000.pdf))

Vorgestellt mit einer bombastischen, ja wieder fast arroganten Ankündigung:

„The European Green Deal sets out how to make Europe the first climate-neutral continent by 2050, boosting the economy, improving people's health and quality of life, caring for nature, and leaving no one behind.“

Das ist die Eu Kommissionskirche „...leaving no one behind!!! Aber es ist Propaganda mit Eigenlob und nichts anderes als ‚wishful thinking‘.

Im Green Deal wird unter der „*Land Use, Land Use Change and Forestry Regulation*“ – mit der unbeabsichtigt witzigen Abkürzung LULUCF – verfügt, dass die Mitgliedsstaaten sage und schreibe 3 Milliarden (3.000 Millionen!) Bäume pflanzen müssen, um den Klimaschutz voranzutreiben.

Insgesamt ist der Green Deal nichts anderes als „Schlagwortpolitik“, besser „Beruhigungspolitik“ und wiederum quantitativ nicht signifikant. Großmundig wird von der Kommission angekündigt:

„The EU forest strategy for 2030 is one of the flagship initiatives of the European Green Deal.“

Alles klassische Top-Down-Politik – ganz bürokratisch wird die unvermeidliche Berichterstattung vorgeschrieben. Zitat:

„The EU’s current LULUCF (land-use change and forestry) Regulation was adopted in 2018 as part of the 2021–2030 energy and climate policy framework and contributes to the EU emission reduction target of at least 40% by 2030.“

Reduzierung der Emissionen um 40 % bis 2030? – Schon das Pflanzen von 3 Milliarden Bäumen nimmt einige Jahre in Anspruch. Dieses Mammutprogramm kann also bis 2030 überhaupt nichts bewirken. Denn: Bäume müssen wachsen! Erst nach ca. 20 Jahren entnimmt ein Baum im Schnitt eine Tonne CO₂ der Atmosphäre.

Und quantitativ? ChatGPT sagt: „Allein die jährliche Minderung im ETS (durch Cap-Reduktion) liegt bei 50–70 Mal so viel wie alle 3 Milliarden Bäume zusammen jedes Jahr.“

Dazu kommt: Auf lange Sicht schieben wir das Problem den zukünftigen Generationen vor die Haustür: Bäume leben nicht ewig, sie verwesen – und das gespeicherte CO₂ wird wieder freigesetzt.

Dieses Mammutprogramm stammt ausgerechnet von der EU-Kommission DG ENV. Von den 33 Mitgliedern dieser Truppe ist keiner als Klimaexperte ausgewiesen. Wieder einmal: ein milliardenschweres Programm – 15+ Milliarden Euro – in den Händen eines Orchesters mit eklatanter Fehlbesetzung.

- Kassensturz:
 - CO₂ Sequestrierung: Bäume 10 Mio. t/Jahr
 - EU-ETS 60 Mio. t/Jahr

Natürlich, Bäume pflanzen ist gut. Aber es kann das CO₂ in der Atmosphäre nicht signifikant senken. Für die Politik ist es dennoch perfektes Marketing: Menschen lieben es, mit dem Pflanzen eines Baumes ihr Gewissen zu beruhigen – und Politiker lenken damit von den echten Problemen ab. Aber ja: Bäume pflanzen – gut; die Kommission sollte das Programm „Environmental Beautification Project“ nennen, das wäre ehrlich und auch gut. Aber bitte: ohne die Berichterstattung, ohne Bürokratie – Geld geben und dann Bäume zählen ist genug.

Summa summarum: Bäume pflanzen ist keine Lösung des Klimaproblems, ist aber gut für den grünen Ruf der Kommission.

28. CO₂ Entsorgung im Untergrund

Die einzige endgültige Lösung zur Reduzierung von CO₂ in der Atmosphäre ist die Verpressung im Untergrund, wo es mit Gesteinen reagiert und fixiert wird, nachzulesen in der Publikation: L.M. Cathles and M. Schoell, Modeling CO₂ generation, migration, and titration in sedimentary basins. Geofluids, 7, 441-450, 2007.

Es gibt den Direct-Air-Capture-(DAC)-Prozess, bei dem CO₂ direkt aus der Luft entnommen und in einem chemischen Verfahren zu festem Material verarbeitet wird. Dieses wird anschließend als Schlamm in geologische Formationen eingepresst – zur dauerhaften Speicherung.

Auch könnte CO₂ in vielen Industrieprozessen neutralisiert und als Rohstoff weiterverwendet werden – eine Technologie, die ThyssenKrupp gemeinsam mit einem Industriekonsortium entwickelt.

Ein Vorbild ist Island, wo CO₂ über DAC-Verfahren angereichert und im Untergrund verpresst wird. Dort reagiert es in der Tiefe mit dem Gestein und kann nicht mehr in die Atmosphäre entweichen.

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), eine dem BMWK untergeordnete Behörde, hat innerhalb des „Europäischen Exzellenz-Netzwerks CO₂ GeoNet“ einen Bericht veröffentlicht: „Geologische CO₂-Speicherung – Was ist das eigentlich?“ Darin wird beschrieben, wie CO₂ an verschiedenen Quellen verflüssigt, über Pipelines zu Bohrungen transportiert und dort eingelagert werden soll.

Doch das ist klassisches Top-Down-Denken – ohne technische Realität: Verflüssigtes CO₂ von einzelnen Quellen kann keine Pipeline füllen

Im Gegensatz dazu müsste eine praktikable Lösung zwei Prinzipien folgen:

1. CO₂-Speicherung ausschließlich offshore, wie von *Equinor* in Norwegen erprobt.
2. CO₂-Sammelterminals, an denen Emissionen verschiedener Quellen gebündelt und transportiert werden.

Ein europäisches Konsortium könnte gemeinsam mit Ölkonzernen ausgediente Offshore-Plattformen zur CO₂-Speicherung umbauen. Daraus entstünde ein internationaler Markt für CO₂-Endlagerung, in dem Ölkonzerne diese Dienstleistung gegen marktbasierte Preise anbieten.

Einzelne Verfahren gibt es schon heute: So bieten Industriekonsortien CO₂-Reduktion bei energieintensiven Prozessen wie der Zementherstellung an – ganz ohne Bürokraten, sondern direkt von Ingenieuren umgesetzt.

Aber, aber: remember Joe Kaeser? All diese Technologien sind aufwendig und teuer. Die effizienteste Methode, das CO₂-Problem wirklich zu lösen, bleibt:

WENIGER PRODUZIEREN! No Coke anymore!!!

29. Migration

Artikel 1A der *Genfer Flüchtlingskonvention* definiert:

„Ein Flüchtling ist eine Person, die aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet.“

Das müsste der oberste Grundsatz aller Flüchtlingspolitik sein. **Ist es aber nicht** – und kann es heute auch nicht mehr sein. Denn die meisten Flüchtlinge fliehen heute nicht mehr vor Verfolgung, sondern vor Armut.

Fakt ist: Sind Flüchtlinge erst einmal in Deutschland, so finanziert der Staat den Lebensunterhalt voll. Diese Situation empfinden viele Bürger zu Recht als massive Ungerechtigkeit – ein perfektes Treibhausklima für populistische Parteien wie die AfD. Die **Vernunft** gebietet daher, die Migration europaweit radikal umzubauen.

Seit 2015, als die Flüchtlingswelle mit der berühmten Selfie-Einladung von „Engel“ Angela Merkel massiv in Europa einsetzte, verhandeln die EU-Staaten darüber, wie das Flüchtlingsproblem kontrolliert werden könnte. Erst 2023, also nach acht Jahren (!), kam eine Asylreform, die bestimmt, dass Asylsuchende bereits an den EU-Außengrenzen kontrolliert und registriert werden.

Aber es wäre nicht Europa, wenn dieser Beschluss nicht wieder tausend Eventualitäten vorsehen würde (GEG lässt grüßen):

„Asylbewerber müssen ihren Antrag im Mitgliedstaat der ersten Einreise oder des legalen Aufenthalts stellen, doch gilt weiterhin die Regel, wonach bei Erfüllung bestimmter Kriterien (z. B. Anwesenheit eines Familienangehörigen) ein anderer Mitgliedstaat für die Bearbeitung dieses Asylantrags zuständig sein kann.“

Na dann, viel Glück, lieber Flüchtling – welcome to the European bureaucracy!

2023 hat der EU-Gipfel eine „Verschärfung“ der Flüchtlingspolitik beschlossen. Auch Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz hat für Deutschland ein Machtwort gesprochen:

„Natürlich gibt es unterschiedliches Engagement. Deutschland hat sich immer bereitgefunden, mitzuhelfen, wenn zum Beispiel bei den Ländern im Mittelmeerraum die Frage ist, kann man auch einige Flüchtlinge direkt übernehmen.“

... so verkündet von *Olaf Scholz!*

Dänemark hingegen verfolgt schon seit 2015 – also seit Beginn von Merkels „Wir schaffen das“-Willkommenskultur – eine äußerst restriktive Migrationspolitik, mit einem Minister für Migration. Ziel: die Zahl der Asylbewerber auf null zu senken. Europa hat das nicht einmal in acht Jahren erreicht – ein klares Beispiel dafür, dass die Mitgliedsstaaten zeitlich nicht angemessen reagieren können. Wieder ein Beweis für die dysfunktionale Großfamilie Europa.

Aber Holland hat nun auch „den Geist der Zeit“ verstanden: Die neue Regierungskoalition kündigte „die strengste Flüchtlingspolitik aller Zeiten“ an. Vollkommen richtig, dass einzelne EU-Staaten sich selbst schützen, da die europäische Flüchtlingspolitik insgesamt vollkommen unpraktikabel ist.

Die absolut richtige Lösung für Europa wäre eine Null+Eins-Option:

Null-Option: Flüchtlinge kommen überhaupt nicht an die Grenzen Europas – was durch strategisch eingesetzte Mittel erreichbar ist.

- Gründung einer europäischen Sonderpolizei „zu Land und zu Wasser“ mit besonderen Befugnissen zur Abwehr des Flüchtlingsstroms.
- Polizeijagd auf Schlepper entlang der bekannten Fluchtrouten – mit Nachtsichtkameras, Drohnenüberwachung etc.
- Errichtung von Zäunen an besonders „heißen“ Grenzen (z. B. Slowenien–Österreich, Grenzen zu den Ländern der Westbalkanregion). Ein solcher Zaun würde eine klare Botschaft nach Hause schicken: *„Keine Chance – ich komme zurück.“*
- Einwanderung ausschließlich über die Botschaften aller 27 EU-Länder. Personen, die sich für Einwanderung bewerben, werden *bereits im Herkunftsland* überprüft – und dort entweder angenommen oder sofort zurückgewiesen.

Null+Eins:

Im Gegenzug zu dieser strikten Abweisung von Flüchtlingen müsste Europa für die Ursprungsländer einen „Marshall-Plan“ anbieten – modelliert nach dem 134 Milliarden Dollar (heute rund eine Billion Dollar) Recovery Program der USA für Deutschland und Europa nach dem Zweiten Weltkrieg.

Mit einem solchen Programm könnten in den Ursprungsländern der Flüchtlinge Sachleistungen, Sprachschulen und Ausbildungsplätze eingerichtet werden – als Vorbereitung für eine geordnete Einwanderung nach Europa.

30. Der Staat im Staat: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen

(Anmerkung: dieser Teil wurde ohne die Kenntnis des Buches von Hans-Peter Siebenhaar „Die Nimmersatten“ geschrieben. Siehe auch Interview am 18.8.2022 im Focus online [amp.focus.de](https://www.focus.de))

Deutschland leistet sich 2 öffentliche Rundfunk und Fernsehanstalten für die der Rundfunk- und Fernsehbeitrag von 18,36 Euro pro Wohnung ist Pflicht:

*„Die Beitragspflicht für alle heißt auch, dass **Sie** für jede Wohnung, unabhängig davon, ob Sie überhaupt Radio- oder Fernsehgeräte haben, den Rundfunkbeitrag zahlen müssen.“*

Mehr *Top-Down* geht nicht – genau im Ton des Bundesmeldegesetzes! Warum lassen sich die Bundesbürger dies gefallen und protestieren nicht auf der Strasse vor den Fernsehanstalten?

Im WD10 des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages wird die Rechtsprechung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk erläutert und immer wieder festgelegt:

„... dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk kulturbezogene Verpflichtungen zu erfüllen habe“

oder

„... die besondere Kulturpflichtigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks soll als ein konstitutives, übergreifendes und prägendes Merkmal seiner Identität hervorgehoben werden.“

Was für pompöse Worte, die einer Sonntagspredigt entnommen sein könnten. Wie passt das zur Überflutung der Programme beider Fernsehsender mit Herzschmerz- und Krimiserien? Und völlig unvereinbar mit einer überwiegend nicht-religiösen Gesellschaft wird vorgeschrieben, dass „ein Schwerpunkt der öffentlich-rechtlichen Angebote die Pflege der deutschen, wie christlich-abendländischen Kultur sein muss“.

Mit dieser Maßgabe müsste folgerichtig auch die AfD mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden, da sie in ihrem Grundsatzprogramm schreibt:

„Die deutsche Leitkultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist.“

Und damit auch die privaten Sender nicht außen vor bleiben, wird vorgeschrieben:

„Bildung, Beratung und Unterhaltung zu dienen und dem kulturellen Auftrag des Rundfunks zu entsprechen.“

Der Beitrag von 220,32 Euro pro Haushalt und Jahr spült den Anstalten ARD und ZDF insgesamt 9 Milliarden Euro pro Jahr in ihre Kassen. Neuntausend Millionen!

Nun hat die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) am 23.2.2024 beschlossen, den Beitrag auf 18,94 Euro pro Monat (229,36 Euro im Jahr) anzuheben. Das bedeutet „nur“ 287 Millionen Mehreinnahmen für die Anstalten – und wie die Kommission beteuert: nur 58 Cent pro Haushalt.

Und als Sahne auf den Kuchen müssen die Zuschauer nach der Tagesschau von 19:15 bis 19:30 Uhr Körperpflege- und Fresswerbung ansehen – zur Pflege der „deutschen, wie christlich-abendländischen Kultur“.

Aber nicht genug! Der Intendant des ZDF, Norbert Himmler, klagt öffentlich:

„Dies bleibe deutlich unter der Bedarfsanmeldung des ZDF und stelle ‚sein Haus‘ vor große Herausforderungen, es bedeute ein reales Minus.“

Was für eine arrogante Anspruchshaltung! Herr Intendant – angemessener wäre: „Ja, wir sehen, dass wir mehr sparen müssen.“ Zum Beispiel beim Luxusfuhrpark mit Chauffeuren, der bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten gang und gäbe ist.

Die fristlos entlassene ehemalige rbb-Intendantin Patricia Schlesinger lässt mit einer Betriebsrente von 18.384,54 Euro im Monat (220.614,48 Euro im Jahr) grüßen – inzwischen in einem neuen Beraterjob!

Alles Top-Down – ein klassisches Muster einer Bananenrepublik oder eines Selbstbedienungsladens. Warum lasst ihr Euch das gefallen, liebe Bundesbürger?

Trotz klagenswertem „Minus-Haushalt“ können Sie, Herr Himmler, problemlos Spitzengehälter an Ihre Showtruppe zahlen (ohne Aufwandsentschädigungen, nur Grundgehälter):

- Sandra Maischberger: 21.204 Euro pro Sendung

- Markus Lanz: 1,9 Mio. Euro (ca. 13.869 Euro pro Sendung)
- Jan Böhmermann: 700.000 Euro
- Horst Lichter: 1,7 Mio. Euro
- Oliver Welke: 1,18 Mio. Euro
- Maybrit Illner: 480.000 Euro
- Caren Miosga: 570.000 Euro
- Marietta Slomka: 393.750 Euro für 20 Minuten Nachrichten am Abend
- Kai Gniffke: 361.000 Euro
- Intendant des SWR: 379.701 Euro

Man könnte diese Summen verstehen, wenn – wie im privaten Fernsehen – höhere Einschaltquoten und damit mehr Einnahmen erzielt würden. Aber beim öffentlich finanzierten Rundfunk ist das nicht der Fall. Warum also diese exorbitanten Entlohnungen?

Zum Inhalt der Sendungen und ihrer „weltanschaulichen Schieflage“ kann man den „Blick von außen“ in der NZZ lesen (Alexander Kissler, 9.3.2023).

Bottom-Up-Alternative: In den USA werden alle Fernseh- und Radiosender, einschließlich der NBC, ausschließlich durch Beiträge und Spenden der Hörer finanziert. In Kalifornien veranstaltet der Sender für klassische Musik KUSC jedes Jahr eine große fundraiser week, bei der Freiwillige an einer phone bank Spenden telefonisch entgegennehmen. Alles Bottom-Up – und kein einziger Cent vom Steuerzahler!

Aber „wen kümmerts“, so die Intendanten: Unsere Existenz ist im Grundgesetz verankert, und eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag ist so wahrscheinlich wie ein Meteoreinschlag. Und wenn Politiker zu nervig werden – laden wir sie einfach nicht mehr ein. No publicity anymore.

Mit dem Blick von außen ist dieses Fernsehen in Deutschland ein Milliardenkandal – aber alles selbst verschuldet, liebe Bundesbürger. Und weil die Eltern vor 50 Jahren von 20:00 – 20:15 Uhr die Tagesschau eingeschaltet haben, ist es ja inzwischen in den Genen.

31. Sterbehilfe

Der mündige Bürger in Deutschland darf nicht einmal selbst über seinen Tod bestimmen – und das, obwohl die Zahl der Menschen zwischen 80 und 100 Jahren stetig steigt:

2011 waren es in Deutschland 5,3 % der Bevölkerung (4,4 Millionen), 2022 bereits 7,2 % (5,9 Millionen).

Heute leben 1,8 Millionen Menschen mit einer Demenz in Deutschland. Bis 2050 werden es voraussichtlich 2,8 Millionen sein – eine Zunahme von rund 40.000 Patienten pro Jahr! Das bedeutet: Jedes Jahr müssten zusätzliche Pflegeheime gebaut werden.

Das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmt unmissverständlich: „Aktive Sterbehilfe in Deutschland ist verboten.“ Der einzige Ausweg für Bundesbürger ist also eine Reise nach Holland oder in die Schweiz, wo begrenzte Sterbehilfe erlaubt ist.

Die Giordano-Bruno-Stiftung kämpft seit Jahren für die Zulassung von Sterbehilfe in Deutschland und hat immerhin erreicht, dass der Paragraph 217 StGB „Geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung“ vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt wurde.

Der eigentliche Grund für das anhaltende Verbot liegt jedoch auf der Hand: der nach wie vor starke politische Einfluss der Kirchen in einem Land, das längst vorwiegend säkular ist – und dennoch die „Pflege der deutschen, wie christlich-abendländischen Kultur“ als Auftrag vorgeschrieben bekommt.

Wie kann es sein, dass eine Volksvertretung in einer so fundamentalen Lebens- – oder besser: Lebensende-Frage – sich von christlichen Einflüsterern im Hintergrund lenken lässt? Wer ist hier der Souverän?

Vielleicht würde eine Radikalkur zu einem Perspektivwechsel führen: Man sollte einige dieser kirchlichen Einflüsterer mit ihren Politikern zusammen mit einigen Bundesrichtern für vier Wochen in einer Demenzstation zum Pflegedienst mit Sterbewache verpflichten. Vielleicht würden sie dann endlich die Brutalität dieses Gesetzes begreifen.

32. Quo vadis Germania?

Wenn man diese Probleme in Deutschland zusammen sieht, muss man feststellen: Wir leben in einer verkrusteten, unflexiblen Top-down-Gesellschaft mit stagnierender Wirtschaft und zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung. Ohne drastische Maßnahmen wird es nicht möglich sein, in die Zukunft zu gehen, ohne unserem Land Schaden zuzufügen.

Und das in einer Zeit, die weltpolitisch hochgefährlich ist: Ukraine-Krieg, US-Präsidentschaft, eskalierende Krisen weltweit – die Lage hat sich radikal verschlechtert. Wie soll, wie kann es weitergehen mit Deutschland?

Wenn man das alles bedenkt, dann bräuchte Deutschland – so utopisch es klingt – keine rot-schwarze Mésalliance im Bundestag, sondern eine „totale Koalition der **Vernunft**“ aller Parteien, die sich vier Jahre ohne jede Ideologie den zentralen Problemen unserer, ihrer Gesellschaft widmet. Denn es gibt keine roten, schwarzen, gelben oder grünen Lösungen – es gibt nur Lösungen mit **Vernunft**.

Das übergeordnete Problem muss sein, die Wirtschaft wieder so zu beleben, dass Wachstum entsteht. Grundprinzipien wären:

- Die Fesseln der Industrie durch Kontrollwut und Bürokratie wörtlich zerreißen.
- Konsumtive Ausgaben einfrieren oder reduzieren.
- Radikale Reduzierung der überbordenden Sozialleistungen.

Wir brauchen einen niedrigeren Industriestrompreis – und das kann nur erreicht werden durch einen „Ausstieg aus dem Atomausstieg“. Die Schweiz zeigt uns, wie es geht: abgeschaltete oder neue Atomkraftwerke wieder in Betrieb nehmen und weitere planen. Kosten: 50–100 Milliarden Euro. Zugleich müssen wir für neue Nukleartechnologien eine Kooperation mit den USA anstreben. Europa als Gemeinschaft muss die Endlagerung des radioaktiven Mülls gemeinsam planen – dies sollte eine Kardinalaufgabe der Europäischen Kommission sein. Letztlich und endlich: Kernfusion zum praktischen Einsatz bringen.

Deutschland muss aufhören, alle Probleme alleine lösen zu wollen, und stattdessen auf europäische Kooperation setzen: Digitalisierung, Verkehrsinfrastruktur, Nuklearindustrie, Atommülllagerung.

Und: Deutschland muss zusammen mit Holland, Dänemark und anderen europäischen Nationen eine radikal neue Flüchtlingspolitik entwickeln. Grundvoraussetzung: Flüchtlinge dürfen mit einer Europäischen Grenzpolizei gar nicht erst an die Grenzen gelangen und werden nur über die Botschaften zugelassen.

33. Epilog

Eine Regierung ist nur so anmaßend, wie es ihre Bürger erlauben. Und die Bürger der Bundesrepublik hatten eine Schafsgeduld:

„(...)so, wie die CDU und CSU die verfehlte Migrationspolitik ihrer Kanzlerin bis zum Ende mittrugen“ (Eric Gujer, NZZ 31.5.24).

Nicht nur die CDU/CSU, sondern die ganze Bevölkerung trug diese Politik mit – und hat nach dem Flüchtlingsdebakel 2015 die „Selfie-Angela“ Merkel sogar für weitere vier Jahre als Kanzlerin inthronisiert.

Wie konnte die CDU diese Kanzlerin noch vier weitere Jahre regieren lassen? Schafsgeduld? Nein – Feigheit vor dieser ewigen Kanzlerin! Wie konnte es sein, dass die Physikerin Dr. rer. nat. Merkel seit 2011 die Atomkraftwerke systematisch „zum Abschuss“ freigab und gleichzeitig die Bundeswehr sträflich vernachlässigte? Es war Duckmäuserei vor den Grünen. Das waren die Biedermeier-Jahre von Merkels Kanzlerschaft, in denen keine Konflikte ausgetragen wurden („Wir schaffen das schon“), sondern alles unter den Teppich gekehrt wurde – während man mit Putin freundlich parlierte und billiges russisches Gas die deutsche Industrie einschläferte.

Und heute? Wie lassen sich die Missetaten der Vorgängerregierungen korrigieren – heute mit Friedrich Merz als Kanzler, der schon vor Amtsantritt die versprochene Schuldenbremse mit der alten Regierung ausgehebelt hat? Aber auch die zwei Schwergewichte, die Merz für die Regierung gewonnen: Katherina Reiche, die neue Wirtschaftsministerin, die schon eine Rosskur für Deutschland durchführt, und Außenminister „Jo“ Wadephul, der, ob Israel, Ukraine, Russland oder Trump, die richtigen klaren, manchmal zu spontanen Worte findet.

Wir müssen – wie Dänemark, Schweden und Finnland – Flüchtlinge strikt vor den Grenzen abweisen, um Überlastungen der Bevölkerung und Infrastruktur zu verhindern. In den Niederlanden kündigt Geert Wilders bereits „das strengste Asylregime aller Zeiten“ an und macht damit einen Schritt in die richtige Richtung: „No borders, no country.“ Man kann nur hoffen, dass der „Wilders-Effekt“ auch Deutschland – und dann Europa – endlich eine Asylwende bringt.

Und in Europa? Die Dimensionen sind schwindelerregend. Die EU Kommission ist ein Moloch mit einem Mikromanagement, das grotesk ist. Wann legen die Mitgliedsländer der Un-Union endlich das Messer an diesen Moloch? Und doch wurde Frau von der Leyen für weitere fünf Jahre mit Hilfe ihres Mentors Macron festlich inthronisiert! Das Kommissionsbudget 2024 beträgt 331 Milliarden Euro – 189 Milliarden „commitments“ und 142 Milliarden „payments“. Die Kommission betreibt ein übertriebenes Mikromanagement, völlig Top-down und realitätsfern.

Man erinnert sich kaum an Margaret Thatcher, die 1988 bei einer Sitzung der Europäischen Kommission ihre Handtasche auf den Tisch knallte und rief: „I want my money back.“ Damit schlug sie einen Rabatt für Englands Beiträge heraus. Uns fehlen heute Politikerinnen und Politiker wie Thatcher, die ihre Wut gegenüber nicht gewählten Bürokraten klar und unmissverständlich ausdrücken.

Wann treten die „Margaret Thatchers“ von heute auf? Wann wird diesem Bürokratenterror endlich Einhalt geboten?

Der Grundsatz aller Erneuerung muss heißen: „Ideologie raus, **Vernunft** rein“ – „Top-down raus, Bottom-up rein“. Doch wie soll das umgesetzt werden in einer Gesellschaft im Merkelschen Nachbiedermeier?

So paradox es klingt: Ausgerechnet die Rechten, vorneweg die AfD, mischen das alte Machtgefüge der etablierten Parteien auf – Parteien, die zu lange nicht auf ihre Wähler gehört haben und die sich nun Gehör verschaffen. Trotz (oder gerade wegen) Höckes straffälliger Parole: „Alles für Deutschland“.

Der Autor Martin Schoell

<https://scholar.google.com/citations?user=jUHnhlsAAAAJ>

https://en.wikipedia.org/wiki/Martin_Schoell

Ich habe als Geologe promoviert und habilitiert und bin 1983 aus einer Bundesbehörde in Hannover nach 13 Jahren als Regierungsdirektor ausgeschieden. Ich habe dann im Forschungslabor von Chevron in Kalifornien gearbeitet und war danach 15 Jahre in Kalifornien selbständig als Berater für die internationale Öl-, Gas- und Environmental-Industrie. In einem Start-up haben wir die Software „ISOLOGICA“ entwickelt, die an eine große Consultingfirma verkauft wurde. Inzwischen auch US-Staatsbürger, bin ich 2016 nach Deutschland zurückgekehrt.

Meine Erfahrung in allen Arbeitswelten als Angestellter, Beamter und selbständiger Unternehmer, sowie die Erfahrungen in diesen beiden so verschiedenen Gesellschaften, haben mir die Schwächen und Stärken beider Gesellschaften bewusst gemacht, und ich habe dadurch den kritischen „Blick von Außen“, der mir die fundamentalen Probleme in Deutschland wörtlich „vor Augen führte“.